

lehrer**nrw**

Verband für den Sekundarbereich



Pädagogik & Hochschul Verlag · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf · Foto: Fotolia

Nach den Beschlüssen zum Schulkonsens:

Es bleiben viele Fragen

3

Aufgespießt

Und sie bewegt
sich doch...

4

Im Brennpunkt

Bildungsrepublik
Deutschland: CDU
auf neuen Wegen

13

Dossier

'Sanfte Steuerung'
der Bildungs-
reformen

18

Schule & Politik

Interview:
»Jugendliche auf
Kleinkindniveau«

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint sieben Mal jährlich
als Zeitschrift des
'*lehrer nrw*' – Verband für
den Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für
Mitglieder des '*lehrer nrw*'
im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Preis für Nichtmitglieder
im Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 11
vom 1. Oktober 2010

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.



Nach dem Schulkonsens: Wie geht es weiter?

Seite 10

AUFGESPIESST

Brigitte Balbach:
Und sie bewegt sich doch... 3



IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach: Bildungsrepublik
Deutschland: CDU auf neuen Wegen 4



SENIOREN

lehrer nrw-Senioren
auf dem 'Weg des Eisens' 6
Fünf Tage ins Elsass 6

MAGAZIN

Empfehlungen für die Sozialarbeit 8
Will die Ministerin das
Fach 'Wirtschaft' nicht? 8



Heribert Brabeck:
Fortbildungsoffensive
für individuelle Förderung 9

TITEL

Frank Görgens: Nach dem
Schulkonsens: Wie geht es weiter? 10



DOSSIER

Prof. Dr. Jochen Krautz: 'Sanfte
Steuerung' der Bildungsreformen 13



SCHULE & POLITIK

Heribert Brabeck: Ladies first! 17

Interview mit dem Kinder- und
Jugendpsychiater und Buchautor
Dr. Michael Winterhoff:
Jugendliche auf
Kleinkindniveau 18

Selbstreflexion durch
Supervision 20

Heribert Brabeck:
Stress und Burnout 22



ANGESPITZT

Jochen Smets:
Das Wunder von Düsseldorf 23

MUNDGERECHT

Michael König: Streikrecht
für verbeamtete Lehrer II 24

Michael König: »Wer auf
Island zischt ein Bier...« 26



HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku 27

Und sie bewegt sich doch...



von BRIGITTE BALBACH

Land und unter' für das gegliederte Schulwesen – so schien es nach der großen Bildungskonferenz in Nordrhein-Westfalen zu heißen. Das MSW vermeldete zahlreiche Anträge auf Gemeinschaftsschulen, Überlegungen von Städten zur Veränderung ihrer Schullandschaft vor Ort landeten in der Presse, und auf kommunalen öffentlichen Veranstaltungen wurde bereits die Einheitsschule propagiert. Die Hilferufe betroffener Lehrerinnen und Lehrer sowie zahlreicher Eltern, ja ganzer Schulen an *Lehrer nrw* waren laut und aufgeregt. Niemand wollte und konnte glauben, dass die gesellschaftlich anerkannte Realschule im gegliederten System auf dem Altar der Ideologie geopfert werden sollte – verbrämt als scheinbar unausweichliche Folge des demografischen Wandels. Fusionslosigkeit machte sich breit.

» Gegner dem vermeintlichen Konsens unterwerfen

Wir als Verband hatten die von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann einberufene Bildungskonferenz recht frühzeitig verlassen, da wir uns dort einer Mehrheit von Einheitsschul-Befürwortern gegenüber sahen, die Richtung und Ziel für alle vorgaben. Dem entsprechenden Bericht kann man das an vielen Stellen entnehmen. Die Konferenz diente dem Ziel, durch Diskussionsbereitschaft Einheitsschulgegner einem vermeintlichen Konsens zu unterwerfen. Das hört sich ja auch gut an: Wir sitzen alle in einem Boot, wir wollen einen Schulfrieden, zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen.

Während alle Teilnehmer noch in inniger Umarmung verharrten, zurrte die Ministerin die ungleichen Bedingungen für integrative und kooperative Gemeinschaftsschulen fest.

Auf unserem Vertrauenslehrtag in Düsseldorf konnte man lauthals hören, auf welche Weise manche Kollegien vor Ort über den Tisch gezogen worden waren. Der Vertreter des MSW hatte es an dem Tag sehr schwer, musste er sich doch wütende Kritik der Lehrkräfte gefallen lassen. Der Hauptvorwurf traf den Kern: Bevorzugung des integrativen Systems durch bessere Rahmenbedingungen. So macht man Politik!

Wo blieben denn die Gegner der Einheitsschule? Wo blieben ihre Proteste? Wo blieb die 'eine Stimme', die die Vertre-

ter des gegliederten Systems vertrat? Sie saßen zum großen Teil mit am Konsens-Tisch. Warum?

» Einheitsschule vor dem Durchbruch

Fakt ist, dass die Einheitsschule, getarnt als Gemeinschaftsschule, vor dem großen Durchbruch stand und als Gesetzesvorlage in den Landtag eingebracht werden sollte. Rot-Grün stand kurz vor davor, unter Duldung durch die Linken schneller ihr Ziel zu erreichen, als alle gedacht hatten. Zwar brachte die CDU ebenfalls eine Gesetzesvorlage ein, doch was hätte es genützt angesichts der Mehrheiten im Landtag?! Eine erneute Einladung der Landesregierung zu Konsensgesprächen schlug die CDU zunächst aus. Die FDP nahm daran teil, jedoch ohne ein Ergebnis, das weitergebracht hätte, als alle schon waren. Und jetzt?

Die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen hielt für einen Moment die Luft an!

In dieser für uns schwierigen Zeit brach der Kontakt von *Lehrer nrw* zu den Parteien FDP und CDU nicht ab. Im Gegenteil – die Auseinandersetzungen wurden intensiver, die Nähe nahm zu, Auswege wurden von allen Beteiligten gesucht. Das gegliederte Schulsystem sollte eine Zukunft haben, so lautete das gemeinsame Ziel, auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels und eines veränderten Elternwahlverhaltens.

» CDU, SPD und Grüne: Historischer Kompromiss

Und dann kam Bewegung in die Angelegenheit! Erste Gespräche zwischen CDU und Landesregierung fanden statt. Ohne Öffentlichkeit. Die FDP hielt sich bedeckt und entschied, bei ihrem fundamentaloppositionellen Kurs zu bleiben. Die CDU ließ sich auf eine tatsächliche Auseinandersetzung mit Rot-Grün ein – zunächst mit ungewissem Ausgang. Dann aber kam der Durchbruch: Nach langem und heftigem Ringen kam ein Konsens zustande, der in der neuen Schulform 'Sekundarschule' kooperative und integrative Systeme auch hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen gleich stellt. Das gegliederte System hatte eine Chance. Land in Sicht!

Ein wichtiger Gewinn liegt auch in der Festschreibung des gegliederten Schulsystems in der Verfassung, unabhän-



gig von der Nennung einzelner Schulformen. Das hat für die Zukunft sicherlich mehr Bestand. Zurzeit liegt dieser neue Bildungskonsens als gemeinsame Gesetzesvorlage von Rot-Grün und CDU dem Landtag vor und soll noch im Herbst 2011 verabschiedet werden und bis ins Jahr 2023 halten. Das werden wir ja sehen!

» Hektik in den Kommunen

Und während noch diskutiert, besprochen, angehört wird, ist in den Kommunen die Hölle los: Die Bürgermeister überschlagen sich förmlich dabei, dieses Angebot zu nutzen, ohne zu wissen, ob, wann und vor allem wie es umgesetzt werden soll. Dabei haben wir alle Zeit der Welt. Wir müssen doch erst einmal sehen, welches das beste Modell mit den entsprechenden Rahmenbedingungen für die jeweilige Kommune ist. Das braucht Zeit und Überlegung – keine Schnellschüsse. Und es kann auch keine Rede davon sein, dass alle Haupt- und Realschulen zugunsten von Sekundarschulen geschlossen werden sollen oder gar müssen.

Hier sind jetzt Umsicht und Besonnenheit gefragt, ja auch eine gewisse Gelassenheit, die Dinge zum Wohle der Kinder und Jugendlichen zu erwägen. Das wünsche ich allen Bürgermeistern!

» Kämpfen für Differenzierung

Wir im *lehrer nrw* halten weiterhin differenzierte Schulsysteme mit Hauptschulen und Realschulen für die beste Lösung, Kinder optimal individuell zu fördern, nämlich mit einer (auch) äußeren Differenzierung. Wir bevorzugen deshalb dort, wo zurückgehende Schülerzahlen und ein verändertes Elternwahlverhalten keine andere Möglichkeit lassen, eine kooperative Sekundarschule, da sie die Zukunft des gegliederten Schulsystems sein kann. Dafür lohnt es sich vor Ort zu streiten!



Brigitte Balbach ist Vorsitzende des
Lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de



Foto: CDU

Diskutieren angeregt über den CDU-Beitrag zur Bildungslandschaft der Zukunft (v.l.):

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, Generalsekretär Hermann Gröhe, Moderator Reiner Burger (FAZ), Bundesbildungsministerin Annette Schavan und Sachsens Kultusminister Roland Wöllner.

Bildungsrepublik Deutschland: CDU auf neuen Wegen

Das Zwei-Wege-Modell für alle Länder



von ULRICH BRAMBACH

Das Herzstück der Entscheidungskompetenzen der Bundesländer ist die Bildungspolitik. Das weiß jeder. Was viele nicht wissen: Auf der Bundesebene werden etliche bildungspolitische Entscheidungen für die Bundesrepublik insgesamt getroffen. Die Ausbildungsordnungen der verschiedenen Berufe werden dort zum Beispiel einheitlich geregelt. Jeder hat auf Anhieb Verständnis dafür, dass es für den Tischler keine unterschiedliche Ausbildung in den einzelnen Bundesländern geben darf. Bei genauem Hinsehen wird man zudem zu der Erkenntnis kommen, dass es keine politische Ebene gibt, die nicht selbstverständlich auch bildungspolitische Verantwortung trägt.

» Verdächtiger Beifall?

Folglich hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan in Vorbereitung auf den 24.

Bundesparteitag der CDU am 14. und 15. November in Leipzig einen Antrag des Bundesvorstands zu den Grundsätzen der Bildungspolitik vorgelegt. Dieser Antrag ist von Anfang an in CDU-Kreisen, besonders in unionsregierten Bundesländern, sehr kritisch aufgenommen worden, während SPD, Grüne und die Linkspartei die Aufgabe der starren Haltung der CDU begrüßt haben. Allein der Beifall aus dieser Ecke kam den meisten Parteimitgliedern verdächtig vor, und sie witterten Verrat an dem über Jahrzehnte tradierten Grundsatz der Dreigliedrigkeit: Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Allerdings verkennen die Kritiker dabei die aktuellen Entwicklungen in der bundesweiten Schullandschaft.

Der Antrag ist so frühzeitig veröffentlicht worden, dass ausreichend Gelegenheit besteht, mit den Mitgliedern und den schulpolitisch Interessierten ausführlich darüber zu diskutieren. Davon macht die CDU zurzeit auf Druck der Basis an vielen Stellen der Republik regen Gebrauch. So fand am 14. Sep-

tember in Wiesbaden ein solcher Dialog statt, auf dem sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, und der Kultusminister des Freistaats Sachsen, Prof. Dr. Roland Wöllner, den Fragen der CDU-Öffentlichkeit stellten. Ministerpräsident Volker Bouffier für das Land Hessen und die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth für die Kommunen belebten außerdem die Diskussionsrunde durch kritische Beiträge.

» Zwei Schulformen statt 96

Vierorts wurde das Bildungskonzept auf die Schlagzeile reduziert: »CDU will die Hauptschulen abschaffen!« Genau dies wurde zunächst zum zentralen Kritikpunkt. Schavan räumte ein, dass an einigen Stellen das Papier zu unklar formuliert sei, machte aber unmissverständlich deutlich, dass es nicht um die Abschaffung der Hauptschulen gehe. Der Vielfalt der Begabungen folge ein

breites Bildungsangebot mit der Bestands-garantie der bestehenden Schulformen. Die Reform des Zwei-Wege-Modells, die entsprechenden Ziele und die Wege des Lernens sind die Kernstücke dieses Antrags. Den zahlreichen Schulformen in den einzelnen Bundesländern – es sollen 96 sein – und dem ausfransenden Schulformen-Flickenteppich wird ein Zwei-Wege-Modell entgegengesetzt, das sowohl gegliedert als auch differenziert sein soll und die beiden Bildungsgänge Hauptschule wie auch Realschule vorhält. Neben dem Gymnasium sollen die letztgenannten Schulformen in einer Oberschule miteinander verbunden werden. Daneben respektiert dieses Modell sowohl integrative Systeme als auch funktionierende Hauptschulen und Realschulen vor Ort, wenn die Eltern es wollen.

Diese Eckpunkte der Bundes-CDU sind aus Sicht von *Lehrer nrw* zu begrüßen. Sie bilden eine deutliche Alternative zur Einheitsschule und geben den Kommunen bei

zurückgehender Schülerzahl Handlungsmöglichkeiten, Schulangebote mit qualifizierten Bildungsabschlüssen anzubieten. Bundeseinheitliche Bildungsstandards, die von der KMK bereits vereinbart sind, sichern die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse und die Qualität.

Was bedeutet das für Nordrhein-Westfalen? Es werden keine Schulformen abgeschafft oder umbenannt, sondern fließen im Bedarfsfall in eine neue Schulform ein, die Sekundarschule. Der Schulfrieden, der bei uns erreicht worden ist, sichert die einzelnen verschiedenen Schulformen und gewährleistet differenzierte Angebote unter dem Dach der Sekundarschule. Diese neue Schulform schafft eine Zukunft für das gegliederte wie das integrative System gleichermaßen, sozusagen auf Augenhöhe.

Dabei gibt es für uns Lehrkräfte noch viel zu tun!



Ulrich Brambach ist Schatzmeister des
Lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de



Klasse(n)fahrt



Die junge Schiene der Bahn

DB Klassenfahrten & Jugendgruppenreisen

Buchen Sie Ihr individuelles Reiseprogramm: Kunst, Kultur, Zeitgeschehen, Musicals, Theater, Museen, Führungen, Rundfahrten, Spaß, Freizeit, spezielle Bildungsangebote...

Weitere Infos unter: www.bahn.de/klassenfahrten

Die Bahn macht mobil.



In der beeindruckenden Kulisse der stillgelegten Henrichshütte in Hattingen erkundeten die *lehrer nrw*-Senioren den 'Weg des Eisens'.

Foto: Berretz

lehrer nrw-Senioren auf dem 'Weg des Eisens'

Fünfzehn Kolleginnen und Kollegen erkundeten am 20. September die stillgelegte Henrichshütte in Hattingen und die liebevoll sanierte Altstadt Hattingens.

In einer zweistündigen Führung am Vormittag zeichneten sie den 'Weg des Eisens' bei einem Rundgang über das Hütengelände nach. Dabei beeindruckten

insbesondere die überwältigenden Größen der Erz- und Kokstaschen sowie allein schon die mit Kühlkammern, Schläuchen und Rohren übersäte Außenhaut des Hochofens.

Nicht minder faszinierend war die einstündige Führung durch die verwinkelten Gassen der Altstadt Hattingens mit ihren detailreich sanierten Wohn- und Geschäftshäusern. Auch hier waren alle Kolleginnen und Kollegen tief beeindruckt von der Schönheit der Häuser und ihrem gemütlichen Ambiente.

Die von Manfred Berretz hervorragend organisierte Exkursion klang mit einem 'Absacker' bei Kaffee und Kuchen im Café Adele aus.

Fünf Tage ins Elsass

Der Ausschuss Senioren im *lehrer nrw* plant eine fünftägige Busreise in das Elsass mit Standort in Straßburg. Termin: Sonntag, 22. April, bis Donnerstag, 26. April 2012. Wohnen wird die Gruppe im sehr schönen 'Best-Western-Hotel Europe' im

Das malerische Straßburg ist Ziel einer Busreise, zu der der *lehrer nrw*-Ausschuss Senioren im April 2012 einlädt.

Foto: Dahlmann



INFO

Die Ausschreibung mit dem vorgesehenen Programm und das Anmeldeformular finden Sie im www.lehrernrw.de/verband/senioren

Zentrum von Straßburg. Stadtführungen sind im lieblich schönen Zentrum von Straßburg vorgesehen am Montag, 23. April, und im berühmten

Örtchen Colmar am Mittwoch, 25. April.

Weiter stehen auf dem Programm: Ein ausgiebiger Besuch des Straßburger Münsters, der Petite France, Fahrt mit einem Boot

über die Ill (mit deutschen Erklärungen), evtl. Besuch des Europäischen Parlaments und Besuche einiger kleiner typischer Elsässer Städtchen (unter anderem Riquewihir).

Die endgültigen Preise sind abhängig von der Personenzahl. Bei vierzig Teilnehmern fallen als Grundpreis für Fahrt, Unterkunft mit Frühstücksbuffet, Führungen, Bootstour über die Ill und Versicherungsschein pro Person im Doppelzimmer 421,30 Euro an, der Ein-

zelzimmer-Zuschlag beträgt 87,40 Euro. Der Preis erhöht sich bei geringerer Teilnehmerzahl etwas.

Anmeldungen sind ab sofort möglich bei: Joamar Reisen, Haarener Straße 18, 33178 Borcheln, Tel. 052 51 / 687 9990, Internet: www.reisen-joamar.de, E-Mail: info@reisen-joamar.de

Achtung: Letzter Termin für die Anmeldung ist der 22. Dezember 2011!

Zu Gast im Landtag

Am 8. November sind die *lehrer nrw*-Senioren Gast im Düsseldorfer Landtag. Start ist um 12.30 Uhr vor dem Landtagsgebäude in Düsseldorf. Nach einer Führung durch den Landtag werden die Teilnehmer während einer Erfrischungspause mit dem schulpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Prof. Dr. Sternberg, ein etwa einstündiges Gespräch führen können. Programmende: 15.30 Uhr.

Anmeldungen bis zum 12. Oktober an: Konrad Dahlmann, Eichenweg 34, 48161 Münster. Telefonisch: 025 34 / 347 (bitte auch Anrufbeantworter benutzen) oder E-Mail: dahlmann@muenster.de

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.

DBV

Im Schuldienst geben Sie täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit 140 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angelegter Minute.

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

Empfehlungen für die Sozialarbeit

Cornelsen gibt in seiner Reihe *Scriptor Praxis* ein empfehlenswertes Buch der Herausgeber Helmolt Rademacher und Marion Altenburg-van Dieken unter dem Titel, 'Konzepte zur Gewaltprävention in Schulen – Prävention und Intervention' heraus. Die Vorlagen sind auch online erhältlich und gut umsetzbar.

Nur der Adressatenkreis ist in der Kurzbeschreibung mit etwa 750.000 Lehrkräften der Sekundarstufen I und II viel zu kurz gefasst. Die stehen nämlich am Ende der Lektüre vor der 'falschen'

Frage: »Und welches Konzept passt jetzt zu mir?« Natürlich ist Gewaltprävention ein brennendes Thema an unseren Schulen. Und die Autoren vergleichen dankenswerter-

weise zahlreiche Programme wie zum Beispiel das Buddy-Programm, das Olweus Anti-Bullying-Programm oder den No Blame Approach.

Aber es sollten die Experten über die Einsatzmöglichkeiten des jeweiligen Ansatzes entscheiden und auch welche Ansätze zu einem Gesamtkonzept für ihre Schule zu verbinden sind. Und diese Experten sind nicht die Lehrerinnen und Lehrer, sondern die Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die wir auch an der Realschule immer noch vermissen, weil sie nicht zusätzlich eingestellt werden. Vielleicht hat Hannelore Kraft in Kanada etwas gelernt – und sagt es Sylvia Löhrmann weiter?

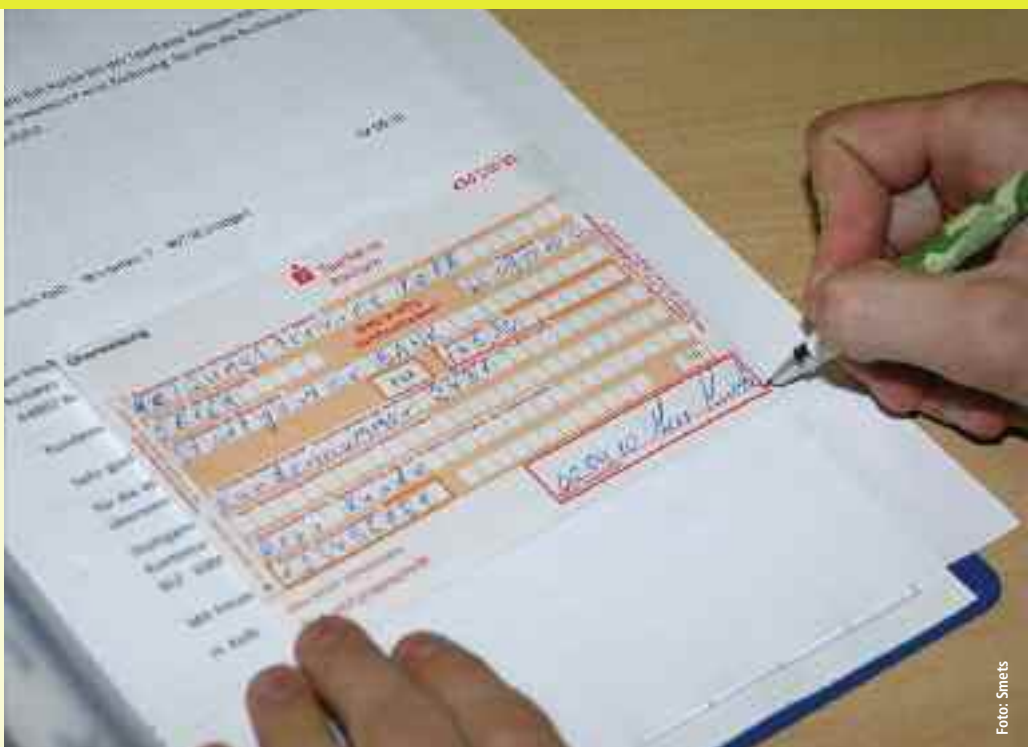


Foto: Smets

Wie fülle ich einen Überweisungsträger aus?

Auch der persönliche Umgang mit Geld kann ein Thema im Wirtschaftsunterricht sein. Doch trotz großen Engagements der beteiligten Schulen, zeigt das Ministerium beim Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' bisher eher wenig Elan.

Will die Ministerin das Fach 'Wirtschaft' nicht?

Der Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' droht aufs Abstellgleis zu geraten. Schulministerin Sylvia Löhrmann hat das von der schwarz-gelben Vorgängerregierung aufgelegte und von *lehrer nrw* mit initiierte Projekt bislang eher halbherzig fortgeführt. Die siebzig Realschulen, die am Modellversuch teilnehmen, sind bei der Ausgestaltung allein gelassen worden. »Die Schulen haben keine Ressourcen erhalten, die Lehrer mussten ihre Lehrpläne selbst entwickeln«, kritisiert Brigitte Balbach, Vorsitzende von *lehrer nrw*. »Wir haben das frühzeitig erkannt und darum unsererseits ein Expertengremium mit Professoren von vier Universitäten in Nordrhein-Westfalen und Lehrkräften aus den beteiligten Schulen ins Leben gerufen.«

Dieses Gremium hat unter anderem eine Literaturliste erstellt, die die Schulen nutzen können. Prof. Dr. Thomas Retzmann von der Uni Duisburg-Essen hat auf Anregung von *lehrer nrw* »Kompetenzziele für das allgemein bildende Fach 'Wirtschaft/Ökonomie' in der Sekundarstufe I« entwickelt. Es ist ein

gemeinsamer Vorschlag aller Hochschulstandorte Nordrhein-Westfalens für ökonomische Bildung. Es wurde auf den Websites aller beteiligten Hochschulen als Diskussionspapier veröffentlicht und dem Ministerium zur Prüfung vorgelegt.

Gleichwohl bleibt der Eindruck, dass der Modellversuch für das Schulministerium ein ungeliebtes Kind ist. Daran hat der am 14. September im Schulausschuss des Landtags vorgelegte Bericht der Ministerin nichts geändert. Der Frage nach einer Weiterentwicklung und Stärkung der Realschulen durch eine Fortsetzung des Projekts wich Ministerin Löhrmann im Schulausschuss aus. Sie verwies darauf, dass es keine Festlegungen für die Zeit nach dem Ende des auf drei Jahre angelegten Modellversuchs gibt. »Das lässt nicht gerade großen Willen zur Verstetigung erkennen«, so Balbach. Ziel muss es sein, das Fach Wirtschaft so bald wie möglich flächendeckend als Kernfach an allen Realschulen in Nordrhein-Westfalen einzuführen, so die Forderung von *lehrer nrw*.





Fortbildungsoffensive für individuelle Förderung



von HERIBERT BRABECK

In einer gemeinsamen Pressemitteilung haben das nordrhein-westfälische Schulministerium und die Bertelsmann-Stiftung am 18. Juli eine Kooperation zur Lehrerfortbildung bekanntgegeben. Was verbirgt sich dahinter? Man will Lehrkräfte dabei unterstützen, unterschiedlichen Potenzialen von Schülern gerecht zu werden. Und das heißt dann: individuelle Förderung. Das MSW und die Bertelsmann Stiftung haben sich deshalb für eine Stärkung der Lehrerfortbildung 'zusammengetan' und einen gemeinsamen Vertrag unterzeichnet.

Damit folge man einer Empfehlung der Bildungskonferenz, eine Fortbildungsoffensi-

ve für Lehrkräfte zu starten. Zweifelhaft ist aus Sicht von *Lehrer nrw*, ob der Vertrag überhaupt gültig ist, denn von einer Beteiligung nach LPVG § 72 (14) 16 ist dem Verband nichts bekannt. Es ist generell wichtig zu erfahren, welchen Umfang dieser Vertrag im Einzelnen hat und welche Rechte für die Bertelsmann-Stiftung damit verbunden sind. Nach Ansicht von Elke Schenk in 'junge-welt.de' vom 25. Juli 2011 stellt das MSW damit den eigenen Mitarbeitern in der bisherigen Aus- und Fortbildung ein Armutszeugnis aus und erkläre die Lehrkräfte für unfähig.

Wurde aber nicht gerade dieser wichtige staatliche Bildungsbereich (bewusst?) finanziell ausgetrocknet? Und jetzt lässt das MSW eine Stiftung zum Zuge kommen, de-

Bei der Ausbildung junger Lehrer

wollen das nordrhein-westfälische Schulministerium und die Bertelsmann-Stiftung in Zukunft kooperieren – ob das im Dienst der Sache ist, darf bezweifelt werden.

ren wirtschaftliche und ideologische Interessen bekannt sind. Bertelsmann AG und Bertelsmann-Stiftung wollen nämlich die Prinzipien unternehmerischen Handelns in allen Bereichen der Gesellschaft verankern. Dagegen ist *Lehrer nrw* nicht. Aber das darf niemals zur einseitigen Umgestaltung des Bildungswesens führen. Bertelsmann soll Konzepte für die Durchführung öffentlicher Aufgaben erarbeiten und diese dann selber organisieren. Sind solche Projekte angestoßen, müssen sie dokumentiert werden – ein schönes zusätzliches Geschäftsfeld...

Praktischerweise erhält Bertelsmann auch gleich das Recht zur wei-

teren Verwendung der Daten, um sie im eigenen Interesse einzusetzen. Natürlich plant die Stiftung, das Projekt auf andere Bundesländer auszuweiten. In Baden-Württemberg ist Bertelsmann bereits dabei, 'die Qualitätsentwicklung des Schulunterrichts' auszuweiten. Und war es nicht Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die schon 2007 einheitliche Schulbücher in allen Bundesländern forderte? Hat da jemand Hintergedanken?

Wir werden aufpassen, ob und wie wir (nachträglich?) beteiligt werden. Der Staat, der die Aufgabe hat, für kostenfreie Bildung zu sorgen, darf nicht pseudogemeinnützige Akteure einschalten und ihnen ein Monopol gewähren.



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des *Lehrer nrw* und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW. E-Mail: h.brabeck@grigora.de

Organisierte Städte-, Sport- & Erlebnisreisen
Deutschland | Niederlande | Belgien | Tschechien
Erlebnispädagogische Klassenfahrten

fun for you
 Schulen & Schullehrer



Mozartstraße 14
 51643 Gummersbach

Fon 02261/912697
 Fax 02261/29400

www.funforyou-reimann.de
funforyou@t-online.de

www.plan-deutschland.de

Öffne deine Augen für meine Welt. Werde Pate!

Nähere Infos:
040-611 400

Plan International Deutschland e.V.
 Breitenfelder Str. 70 · 22335 Hamburg

Plan



Nach dem Schulkonsens:

Wie geht es weiter?

Der 19. Juli 2011 dürfte als historisches Datum in die Annalen nordrhein-westfälischer (Schul-)Politik eingehen. An diesem Tag verkündete eine Elefantenrunde von CDU, SPD und Grünen den gemeinsam ausgehandelten Schulkonsens für Nordrhein-Westfalen. Der sieht eine neue Schulform vor – die Sekundarschule – und eine Verfassungsgarantie für das gegliederte Schulsystem. Nun läuft die Detailarbeit, denn noch sind viele Fragen offen.



von FRANK GÖRGENS

Freudestrahlend verkündete Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im proppevollen Pressezentrum des Landtags »eine historische Verständigung in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik«. Gemeinsam mit Schulministerin Löhrmann (Die Grünen) sowie Norbert Röttgen und Karl-Josef Laumann (beide CDU) erläuterte Kraft die Eckpunkte des vereinbarten Schulkonsenses. Die FDP war damals und ist bis dato wie die Linkspartei außen vor, stellt sie sich doch explizit gegen Teile des vereinbarten Konzeptes.

Die zentralen Eckpunkte des Schulkonsenses sind die Festschreibung eines gegliederten Schulsystems in Nordrhein-Westfalen, die Neugründung der so genannten Sekundarschule und eine Festschreibung dieser Schulstrukturen für die nächsten zwölf Jahre. Darüber hinaus wird die Bestandsgarantie der Hauptschule in der Landesverfassung gestrichen. Hauptschulen können allerdings dort fortbestehen, wo sie von den Eltern und Schülerinnen und Schülern nachgefragt werden. Explizit formuliert ist, dass die Landesregierung keine Schulform abschaffen wird. Die Laufzeit über zwölf Jahre bedeutet Planungssicherheit für Eltern, Schülerinnen und Schüler, Kolleginnen und Kolle-

gen, aber auch für die Schulträger bzw. Kommunen.

» Was ist die Sekundarschule?

Die Sekundarschule ist der Kompromiss, den SPD, Grüne auf der einen Seite mit der CDU auf der anderen Seite in gemeinsamen Verhandlungen vor den Sommerferien 2011 gefunden haben. Ziel war und ist es, ein qualitativ hochwertiges, modernes, wohnortnahes Schulangebot in Zeiten des demografischen Wandels insbesondere in strukturschwachen Gebieten anbieten zu können. Dabei rückten die SPD und die Grünen von ihrer Idee der Gemeinschaftsschule und die CDU von der favorisierten Idee der Verbundschule deutlich ab. Der Kompromiss Sekundarschule zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

1. Die Sekundarschule umfasst ausnahmslos die Jahrgänge fünf bis zehn. Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe ist nicht vorgesehen, wobei der Übergang von der Sekundarschule in die gymnasiale Oberstufe durch verbindliche Koopera-

Enormes Medienecho

Das kleine Pressezentrum des Landtags platzte aus allen Nähten, als am 19. Juli der historische Schulkonsens verkündet wurde.

Fotos: Smets

tionen zwischen einer Sekundarschule mit einem Gymnasium, einer Gesamtschule und/oder einem Berufskolleg gewährleistet wird. Vor diesem Hintergrund wird die Aufnahme der zweiten Fremdsprache in Klasse sechs und in Klasse acht den Schülerinnen und Schülern angeboten.

2. Die Sekundarschule bereitet die Schülerinnen und Schüler gleichermaßen auf die berufliche Ausbildung wie auch auf das Abitur vor. Vor diesem Hintergrund sollen neue Lehrpläne erstellt werden, die sich an den Lehrplänen der Gesamtschule und Realschule orientieren. Im Weiteren sollen auch gymnasiale Standards gewährleistet werden.
3. In den Sekundarschulen wird in den Jahrgangsstufen fünf und sechs weitgehend integrativ unterrichtet. Ab der Klasse sieben können die Sekundarschulen in Abstimmung mit dem jeweiligen Schulträger und in sehr enger Abstimmung mit der jeweiligen Schulkonferenz integrativ, teil-integrativ oder kooperativ in zwei Bildungsgängen getrennt unterrichten.
4. Zu den organisatorischen Rahmenbedingungen ist anzumerken, dass die Klassenfrequenzwerte bei 25 Schülerinnen und Schülern liegen. Die Lehrerinnen und Lehrer unterrichten 25,5 Lehrerwochenstunden, unabhängig davon, ob die →

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand!

Senken Sie Ihre Belastung!

Beste Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker!

Top-Konditionen
für private Anschaffungen, als Entschuldungsprogramm, zum Kontausgleich.
Schnelle und unkomplizierte Abwicklung bei Laufzeiten zwischen 12 und 20 Jahren.

bis 80.000,- € möglich

BWS

Alfred Jaeger
Hornweg 12
51502 Reichshausen

Tel.: 02296/908328
Fax: 02296/908960
E-Mail: alfred.jaeger@bws.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Feststehende Raten bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenlos an oder besuchen Sie unsere Website.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
Andreas Wendholt - Unabhängige Kapitalvermittlung - Prälat-Höing-Str. 19 - 46325 Borken

Werben bringt ERFOLG!
Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04

Der Spezialist für Klassenfahrten

ENGLAND

SET s-e-t.de
Tel: 0421-308820

15 Mio

Füttern verboten?

15 Mio. Euro werden in Deutschland in jedem Winter für die Fütterung der Vögel ausgegeben. Für nur 2,20 Euro in Briefmarken bekommen Sie mit uns einen Ratgeber, in dem Sie erfahren, wie Sie den Vögeln wirklich helfen.

OBUND

An alle Lehrer, Schulsehörer und Kulturbegisterter in NRW!

Informieren Sie sich im Internet unter www.srd-reisen.de über unsere Vielzahl an Reisen oder rufen Sie uns auch gerne an!

Reisebeispiele:

Budapest Städtereise	am 23.10.-27.10.11	für € 348,-	p. P. m. DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn
Dresden Städtereise	am 02.01.-06.01.12	für € 299,-	p. P. m. DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn
Jordanien Rundreise	am 29.10.-05.11.11	für € 1.339,-	p. P. m. DZ inkl. HP und Flug ab Frankfurt
Vietnam & Kambodscha	am 27.12.-07.01.12	für € 2.899,-	p. P. m. DZ inkl. HP und Flug ab Frankfurt

SRD REISEDIENST
71634 Ludwigsburg | Moltkestraße 19 | Tel.: 07141/571000 | Fax: 07141/5710099 oder
51645 Gummersbach | Grünstraße 18 | Tel.: 02262/717100 | Fax: 02262/7171020
E-Mail: info@srd-reisen.de | www.srd-reisen.de



Elefantenrunde

CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann, Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), CDU-Landeschef Norbert Röttgen und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD, v.l.) riefen gemeinsam den Schulfrieden aus. Ganz rechts: Detlev Hüwel (Rheinische Post) als Moderator für die Landespressekonferenz.

Sekundarschule integrativ, teil-integrativ oder kooperativ ab Klasse sieben organisiert ist. Die ungleiche Ressourcenausstattung zu Ungunsten des kooperativen Bildungsgangs, die noch im Modellversuch Gemeinschaftsschule vorgesehen war, ist damit vom Tisch. Die Sekundarschule arbeitet als Ganztagschule und erhält hierfür einen entsprechenden Stellenaufschlag, um dies gewährleisten zu können.

5. Die Gründung einer Sekundarschule erfolgt in der Regel durch den Zusammenschluss verschiedener Schulformen. Schulträger und die Schulkonferenzen der einbezogenen Schulen sind bei der Errichtungsentscheidung zu beteiligen. Die benachbarten Schulträger stimmen sich in ihrem Schulangebot ab.

Grundstellenzuweisung, Gemeinschaftsschulen: Weitere Vereinbarungen des nordrhein-westfälischen Schulkonsenses

Neben der Einführung der Sekundarschule einigten sich die Verhandlungspartner auf weitere Veränderungen im nordrhein-westfälischen Schulsystem. Hierzu gehört, dass die Klassenfrequenzwerte für die Realschule, Gesamtschule und das Gymnasium schrittweise auf 26 abgesenkt werden. Dies ist eine Maßnahme, die einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Gleichbehandlung aller Schulformen in Nordrhein-Westfalen sukzessive angestrebt wird. Daneben wird die Grundstellenzuweisung um die Kriterien In-

tegration, Sozialindex und Inklusionsindex erweitert. Auch dies kann zu einer 'gerechteren' Grundstellenzuweisung führen, weil diese Kriterien unabhängig von der Schul-

OFFENE FRAGEN UND BEWERTUNG

Es ist positiv, dass nun ein weitgehend parteiübergreifender Schulkonsens mit einer langen Laufzeit erarbeitet werden konnte. Dies schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit, die Ruhe in das nordrhein-westfälische Schulsystem bringen kann. Vor diesem Hintergrund können sich die Kolleginnen und Kollegen dem Kerngeschäft Unterricht widmen und müssen sich nicht mit Fragen der Schulstruktur beschäftigen.

Ebenfalls erfreulich ist der im Konsens erkennbare Wille, Schulformen gerechter zu behandeln und strukturelle Unterschiede zwischen den Schulformen abzubauen. Hier seien unter anderem die Überlegungen und Ausführungen zur Grundstellenzuweisung sowie die Ausführungen zur Gleichbehandlung der integrativ, teil-integrativ und kooperativ arbeitenden Se-

kundarschulen genannt. Aus der Sicht eines Realschulkollegiums ist auch positiv zu bewerten, dass die Inhalte und Leistungsansprüche der Realschule Eingang finden in die Sekundarschule. Gerade in der kooperativ arbeitenden Sekundarschule wird der 'Realschulzweig' ein ganz prägendes Element für die jeweilige Schule werden. Darüber hinaus können sich in diesem Zusammenhang interessante konzeptionelle Arbeitsfelder entwickeln (unter anderem Lehrplanentwicklung für die Sekundarschule unter Berücksichtigung des Curriculums und der Leistungsansprüche der Realschule).

Aber es gibt auch noch eine Vielzahl von offenen Fragen. Zu diesen gehören unter anderem die Detailfragen im Zusammenhang mit der Gründung der Sekundarschule. Hier bleibt

im Konsens-Papier vage, welchen Stellenwert die Voten der beteiligten Schulkonferenzen bei der Entscheidung haben. Wie werden die Voten zueinander gewichtet? Wie wird das Votum einer Schulkonferenz im Verhältnis zur Entscheidung des Schulträgers gesehen und gewichtet? Hier sind in den geplanten Schulgesetzänderungen Präzisierungen wünschenswert.

Und auch im Bereich des Personalmanagements sind präzisere Ausführungen erforderlich. Was passiert mit dem Lehrpersonal an den neu gegründeten Sekundarschulen bzw. an den auslaufenden Schulen? Was passiert mit den Schulleitungen an diesen Schulen, werden diese in die neugegründete Schulform überführt? Wenn ja, wie wird dies bei einem Schulzusammenschluss organisiert?

form angewandt werden und den Schulen zugerechnet werden, die sich den genannten Herausforderungen in besonderem Maße stellen.

Auch der Umgang mit den zwölf genehmigten Gemeinschaftsschulen, die mit Beginn des Schuljahres 2011/12 an den Start gingen, musste in diesem Konsens geregelt werden. Man einigte sich darauf, dass diese zwölf Schulen für den vorgesehenen Versuchszeitraum Rechtssicherheit erhalten. Im Anschluss an diese Frist werden diese Gemeinschaftsschulen in das Regelschulsystem überführt. Diese Überführung kann von den Gemeinschaftsschulen auch bereits vorher beantragt werden. Die Errichtung weiterer Gemeinschaftsschulen ist nicht vorgesehen.



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* des Verbands für den Sekundarbereich. E-Mail: FGoergens@t-online.de



Produziert die Verkürzung von Bildung auf funktionale Kompetenz und die Kontrolle von Schulen und Hochschulen mit pseudo-betriebswirtschaftlichen Instrumenten Heerschaaren von uniformen Funktionsträgern ohne persönliches Profil? Immer mehr Kritiker der Auswüchse von PISA, Bologna & Co. befürchten das.

Foto: Fotolia/racamani

'Sanfte Steuerung' der Bildungsreformen

Zu den Durchsetzungsstrategien von PISA, Bologna & Co.

von Prof. Dr. JOCHEN KRAUTZ

Nachdem man lange die frühen Warnungen aus Wissenschaft und pädagogischer Praxis in den Wind geschlagen hat, räumen zunehmend auch Stimmen aus Wirtschaft und Politik das zunehmend offensichtliche Scheitern der Bildungsreformen

um Bologna, PISA & Co. ein. Die Verkürzung von Bildung auf funktionale Kompetenz und die Kontrolle von Schulen und Hochschulen mit pseudo-betriebswirtschaftlichen Instrumenten wird nun auch von Wirtschaftsvertretern wie Eberhard von Kuenheim kritisiert, selbst lange Jahre Chef von BMW: Gerade die sogenannte 'Ökonomisierung der Bildung' sei für die

nun sichtbaren Schäden verantwortlich (FAZ, 13. April 2011). Auch Politiker wie Ex-Minister Frankenberg (Baden-Württemberg) bemerken spät, aber dennoch, dass viele Bachelor-Absolventen nicht mehr denken können und die Wirtschaft anderes braucht (FAZ, 12. Mai 2011).

Wie aber sind dann PISA und Bologna gegen alle Vernunft, aber mit offenba- ➔

rer Macht am Willen der meisten Beteiligten in Schule und Hochschule sowie an den Bürgern vorbei durchgesetzt worden?

» Einflussnahme auf souveräne Staaten

Darüber geben die globalen und europäischen Akteure des Bildungsbaus selbst Auskunft. Die OECD, als Wirtschaftsorganisation verantwortlich für den PISA-Test, sieht in ihren Peer-Review-Verfahren den »effizientesten Weg, Einfluss auf das Verhalten souveräner Staaten zu nehmen«. Dazu diene die 'naming and shaming technique': Wer nicht dem PISA-Kodex entspricht, wird am medialen Pranger bloßgestellt.

Obwohl die OECD keine demokratische Legitimation hat, setzt sie die eigenen normativen Ansprüche politisch durch. PISA 2000 formulierte bereits, dass der Test keine Rücksicht auf nationale Lehrpläne nehme – also auf das, was unsere Schüler tatsächlich gelernt haben. Vielmehr verfolge man ein eigenes 'didaktisches und bildungstheoretisches Konzept', das 'normativ' wirke. Zentral ist darin das Kompetenz-Konzept der OECD: Kompetenz ist demnach die rein funktionale Fähigkeit, sich an die ökonomischen Erfordernisse flexibel 'anzupassen' – so heißt es wörtlich.

Anpassung war allerdings noch nie das Ziel von Bildung – im Gegenteil! Schulische Richtlinien sind vom Menschenbild des Grundgesetzes getragen: Hier gilt der Mensch als selbstbestimmte, vernünftige und dem Gemeinwohl verpflichtete Person, nicht nur als Träger funktionaler Kompetenzen.

Doch setzte unter dem medial inszenierten 'PISA-Schock' das Denken aus. Seitdem wurde jede Bildungsreform damit begründet, beim nächsten Test besser abschneiden zu wollen. Lehrpläne, Standards und zentrale Prüfungen wurden nun PISA-kompatibel zugeschnitten. So wurde das OECD-Konzept tatsächlich zum neuen Maßstab für Bildungserfolg. Die vermeintlich 'objektiven' Vergleichstests setzten per normativer Empirie ein verengtes, utilitaristisches Bildungsverständnis am demokrati-



Foto: Fotolia/Andre

Eliten führen Politiker und Bürger wie Puppenspieler durch die Manege. Eine solche von Experten gesteuerte Scheindemokratie, in der der Volkswille als zufällig und lenkbar gilt, streben auch klassische Modelle der Propaganda an, sagt Prof. Dr. Jochen Krautz. Der Bologna-Prozess zeige wesentliche Züge eines solchen propagandistisch inspirierten 'Reformkunstwerks'.

schen Souverän und an geltenden Richtlinien vorbei durch.

» 'Sanfte Steuerung' durch OECD und EU

Wer nicht demokratisch legitimiert ist, nutzt Mittel indirekter Einflussnahme. Die-

se Strategie sogenannter 'soft governance' ('sanfte Steuerung') im Bildungswesen wurde mittlerweile von Wissenschaftlern des Sonderforschungsbereiches 597 der Universität Bremen empirisch verifiziert. EU und OECD haben demnach das gerade nicht funktionalistisch ausgerichtete deut-

sche Bildungsdenken erfolgreich verdrängt, indem man mit einer Flut von Gutachten, Erklärungen und 'semi-akademischer Prosa' gezielt bestimmte Ideen in die öffentliche Diskussion einspeiste.

Solche 'discursive dissemination' diene dazu, neue Denkweisen zu etablieren, auf deren Grundlage Reformen erst durchgesetzt werden können. Dazu gehört auch die Koordination und Überwachung der Reformen sowie das Aufstellen verhaltenssteuernder Standards. Dabei sei erstaunlich, wie leicht nationale Bildungsideen umgekrempelt und sogenannte 'Veto-Player' ausgeschaltet werden konnten – gemeint sind wohl jene Alt-Europäer, die das eigene Denken nicht der 'sanften Steuerung' unterwerfen wollten.

Dies gelang auch bei der Hochschulreform durch jeweils national angepasste rhetorische Strategien. Während in Deutschland vor allem Humboldt als personifizierte Bildungsidee immer wieder ins Grab geredet wurde, hat man etwa in der Schweiz den rückständigen 'Kantönligeist' verspottet, der den Anschluss an die fortschrittliche EU verhindere. So wurden auch im Alpenland die Reformen trotz der direkt-demokratischen Einspruchsmöglichkeiten der Bürger und obwohl die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, vollständig durchgesetzt.

» Bertelsmann und die 'Kunst des Reformierens'

Die Blaupause für solche Steuerungs-Strategien liefert eines der strategischen Zentren der Bildungsreformen gerade in Nordrhein-Westfalen selbst. Die Bertelsmann-Stiftung, die sich selbst als operativen Think-tank nach amerikanischem Vorbild charakterisiert, gibt in einem Papier über die 'Kunst des Reformierens' dezidierte Anleitung, wie man Reformen gegen den Willen der Bürger und Betroffenen durchsetzt. Regierungen dürften sich von 'Vetospielem' nicht die Handlungsspielräume verengen lassen. Daher seien Reformprogramme 'unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen' zu entwickeln. Die Interes-

sensvertreter seien zwar anzuhören, nicht jedoch, um die Sache zu diskutieren, sondern um die 'Legitimität der Reform' zu steigern und 'Widerstände' zu mindern. Ein einheitlicher 'kommunikativer Frame' gibt die Schlagworte für die Öffentlichkeit vor.

Besonderes Augenmerk gilt der Schwächung von 'Widerstandspotenzial', das durch einen 'geschickten Partizipationsstil' 'aufzubrechen' sei. Man spaltet also die Opposition, indem man die einen beteiligt, die anderen benachteiligt, 'um so eine potenziell geschlossene Abwehrfront zu verhindern': »Durch eine selektive Partizipation während der Entscheidungsphase können Vetospieler in ihrer Kohärenz geschwächt, sozusagen 'gesplittet', und die Protestfähigkeit bestimmter Interessengruppen gemindert werden.« Diese Zersetzungsmaßnahmen gegenüber nicht zustimmungswilligen Bürgern und Beteiligten gilt als demokratietheoretisch 'nur auf den ersten Blick' bedenklich. Schließlich müsse sich 'eine Regierung im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen.'

» Gesteuerte Demokratie

Eine solche von Experten gesteuerte Scheindemokratie, in der der Volkswille als zufällig und lenkbar gilt, streben auch klassische Modelle der Propaganda an: Die »bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen« sei die »logische Folge der Struktur unserer Demokratie: Wenn viele Menschen möglichst reibungslos in einer Gesellschaft zusammenleben sollen, sind Steuerungsprozesse dieser Art unumgänglich«, so Edward Bernays in seinem berühmten Buch 'Propaganda' von 1928. Das gilt bis heute als Grundlage aller PR. Unsichtbare Herrschaft durch Eliten sei demnach nicht nur legitim, sondern notwendig, um 'Konsens herzustellen', wie Bernays Lehrer Walter Lippmann meinte. Hierzu müsse man die weitgehend unbewussten Bilder in den Köpfen der Menschen verändern. Das jedoch nicht durch offene Werbung, deren Urheber und Interesse sichtbar

ist, sondern durch die Inszenierung vermeintlicher Wirklichkeiten. Propaganda, so Bernays, »ist das stetige, konsequente Bemühen, Ereignisse zu formen oder zu schaffen mit dem Zweck, die Haltung der Öffentlichkeit zu einem Unternehmen, einer Idee oder einer Gruppe zu beeinflussen.«

Auch kommunikative Großereignisse wie PISA oder Bologna reagieren nur vorübergründig auf eine Wirklichkeit. Vor allem stellen sie selbst eine neue Wirklichkeit her: Sie verändern nachhaltig die Vorstellung von Bildung und die Einstellung zu dem, was Ziel und Aufgabe von Schule und Universität ist.

» 'Reformkunstwerk' Bologna

Der Bologna-Prozess zeigt wesentliche Züge eines solchen propagandistisch inspirierten 'Reformkunstwerks': Eine Kerngruppe von Ministern und politischen Beamten unterzeichnete 1999 die Bologna-Erklärung, eine völkerrechtlich nicht verbindliche Absichtserklärung. Ziel war von Beginn an, Universitäten zum Ort 'arbeitsmarkbezogener Qualifizierung' zu machen.

Die kommunikative Strategie war seit Mitte der 90er Jahre vorbereitet: Aus EU, Lobbygruppen, Regierung und wirtschaftsnahen Stiftungen wurde mit alarmistischer Rhetorik die Rückständigkeit der Universitäten im globalen ökonomischen Wettbewerb in dramatischen Farben ausgemalt. Die Lösungen zeichnete schon 1996 der damalige 'Zukunftsminister' Jürgen Rüttgers vor: Evaluationen von Lehre und Forschung, Qualitätssicherungsverfahren, ergebnisorientierte, effiziente Leitungs- und Managementstrukturen der Hochschulen, die Dienstleistungsbetriebe zu sein hätten.

Die Bertelsmann-Stiftung gründete mit den Hochschulrektoren, die eine mögliche Opposition hätten darstellen können, das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Dessen Chef verkündete 2000, dass die Reform nicht »ohne innere Konflikte und vielleicht auch 'traumatische' Erfahrungen



gen« vonstatten gehen würde. Dennoch sei sie 'unausweichlich'.

» Bachelorisierung des Studiums

Dabei knüpfte man geschickt an bestehende Probleme der Hochschulen an, um kritische Geister ins Boot zu holen und Widerstand zu mindern. Hier war für jeden etwas dabei: Der Wirtschaft wurden mit ökonomistischem Vokabular jüngere und dennoch besser qualifizierte Absolventen versprochen, auf Leistung bedachten Konservativen die Senkung der Abbrecherquoten, den Studenten studierbare Studiengänge und den Universitäten mehr Autonomie. Das Anerkennungsstreben der Fachhochschulen spielte man gegen die Universitäten aus. Sozialdemokraten und gesellschaftskritische Gruppen erreichte man mit der Suggestion, die Bachelorisierung des Studiums sei die Verwirklichung einer 'Bildung für alle' usw.

Zugleich hielt das neoliberale Neusprech und Neudenk der Chicago School allerorten Einzug. Bildungs- und wissenschaftsferne betriebswirtschaftliche Steuerungsmuster wurden in neuen Hochschulgesetzgebungen verordnet. Beim 'Hochschulfreiheitsgesetz' in Nordrhein-Westfalen hat das CHE wesentliche Inhalte gleich selbst vorformuliert. Universitäten wurden dadurch zu halbstaatlichen Unternehmen, kontrolliert von Wirtschaftsvertretern in einem Aufsichtsrat.

Ganz gemäß der zitierten Zersetzung- und Agenda wurden Kritiker als Ewiggestrige und ängstliche Blockierer dargestellt. Mancher sich 'emanzipatorisch' und 'fortschrittlich' wahnende Kollege sah sich unversehens zum Strukturkonservativen gestempelt, weil er nicht ohne weiteres alle Ideale über Bord werfen wollte. Strategisch wurde die Reform zu einem Zeitpunkt lanciert, als Scharen von Professoren emeritiert wurden, die im Zuge des Hochschulausbaus der 70er Jahre ins Amt gekommen waren. Die wandten sich mit Schaudern ab: Nach mir die Sintflut! Und die nachwachsende Generation lehnte

DER AUTOR

Prof. Dr. Jochen Krautz (Jg. 1966) lehrt am Fachbereich Bildungswissenschaft der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Alfter/Bonn. Er ist Autor des Buches 'Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie' und Beiratsmitglied der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen' (www.bildung-wissen.eu).

sich mit Kritik kaum aus dem Fenster, wollte man doch Aussichten auf Karriere nicht verderben.

So erwuchs das, was die Kölner Erklärung 'Zum Selbstverständnis der Universität' von 2009 scharfzüngig als 'epistemische Säuberung' beschreibt: Anpassung an die als unvermeidlich inszenierte Selbstaufgabe der Universitäten. Das neue Bild von Bildung und Wissenschaft als Dienstleistungsfaktor, der primär Stakeholder-Interessen zu bedienen habe, wurde auch in der Öffentlichkeit selbstverständlich.

» Perverse Effekte oder strategische Schwächung?

Dass mehr PISA-Punkte nicht bessere Bildung bedeuten, wird langsam einer breiteren Öffentlichkeit klar. Hans-Peter Klein hat an Abiturprüfungen, die von unvorbereiteten Neuntklässlern spielend bestanden wurden, gezeigt, dass die so genannte 'Kompetenzorientierung' faktisch die Nivellierung von Wissen und Können bedeutet (FAZ vom 14. Oktober 2010). Studenten protestieren gegen die geistige Kastration in verschulten Studiengängen. Große Konzerne schulen BA-Absolventen inzwischen stillschweigend nach. Kleinere Unternehmen können das nicht und ringen die Hände.

Sind all das nur unbeabsichtigte Nebeneffekte gut gemeinter Reformen? In den USA ist seit längerem klar, dass großflächige Testsysteme die Bildungsqualität massiv verschlechtern. Dennoch zwangen die USA die OECD, diese Testsysteme zu internationalisieren. Wozu also die Zersetzung euro-

päischer Bildungstradition? Wieso werden personales pädagogisches Denken und Handeln systematisch zurückgedrängt, so dass tragfähige Lösungen für die wirklichen Erziehungs- und Bildungsprobleme unterbleiben?

Hier denkt inzwischen mancher weiter: Das sind wohl eine Art verspätete Reparationszahlungen, bemerkte trocken ein Bildungsökonom neulich in der Kaffeepause einer Tagung. Denn was schwächt eine starke Volkswirtschaft, der man anders nicht beikommen kann, mehr, als deren Bildungswesen zu torpedieren? Eine kühne, aber bedenkenswerte These, die ein anderes Licht auf den strategischen Sinn unsinniger Reformen wirft.

» 'Steuerung' durch Eliten ist undemokratisch

Insofern bleibt zu hoffen, dass nicht nur Eltern, Lehrer und Hochschullehrende innehalten und sich auf die eigentlichen Aufgaben und Ziele von Bildung besinnen, sondern dass alle Bürger die Hoheit über ihr Bildungswesen zurückfordern. Bildung in der Demokratie muss demokratisch verantwortet werden und zur Selbstbestimmung des Menschen befähigen. 'Steuerung' durch Eliten ist im Grundsatz undemokratisch und macht Bildung und Bildungswesen zum Erfüllungsgehilfen für partikuläre Interessen. Und die Wirtschaft, in deren Namen all dies geschieht, müsste deutlich machen, ob es tatsächlich das ist, was sie will. Oder muss der Reform-Zug erst ungebremst an der harten Realität zerschellen, bevor ein Umdenken einsetzt? Denken konnte Europa doch einmal.

Die hier aufgerissenen Zusammenhänge sind ausführlich dargestellt und mit Quellen belegt in dem Aufsatz 'Bildungsreform und Propaganda: Strategien der Durchsetzung eines ökonomistischen Bildungsverständnisses'. Dieser ist in Kürze als Download verfügbar in der Dokumentation der Fachtagung 2011 des Deutschen Lehrerverbandes 'Wozu Bildungsökonomie?' (www.lehrerverband.de)

Ladies first!

Ein Quantensprung! Die neue ADO soll noch weiblicher werden. Es gibt im Entwurfstext (siehe § 25. 1) jetzt nämlich auch die Hausmeisterin. Jedoch fehlen in der neuen Allgemeinen Dienstordnung (noch?) Konrektorinnen oder Konrektoren und zweite Konrektorinnen oder zweite Konrektoren. Das schaffen die Lehrerinnen und Lehrer (also Lehrkräfte) und Schulleiterinnen und Schulleiter schon alleine!?



von HERIBERT BRABECK

Nur muss jetzt die Klassenlehrerin oder Klassenlehrer im Schulgebäude speziell die Schulleiterin oder den Schulleiter suchen, wenn laut § 18 Veranstaltungen der Klasse (zum Beispiel Betriebsbesichtigungen, Feiern) vorher mit diesen abzustimmen sind. Warum nicht mit der Schulleitung? Die (der Geschlechtergleichheit geschuldeten) Änderungen machen das Verfahren unnötig kompliziert und schließen Konrektorinnen oder Konrektoren und zweite Konrektorinnen oder zweite Konrektoren aus! Das ist doch wohl nicht beabsichtigt!?

» Schulleiter/-innen noch einmal gestärkt

Laut § 5 (3) dürfen die Dienstvorsetzten jetzt in die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen ihrer Befugnisse (§§ 20 ff.) eingreifen. Laut alter ADO war das nur im Einzelfall möglich. Die alte pädagogische Freiheit wird zur Freiheit (komprimiert). Für die pädagogische Freiheit selbst sind dann nur noch Schul-

leiterinnen oder Schulleiter verantwortlich, denn laut § 21 beraten sie als Vorgesetzte in Fragen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit und in Fragen der individuellen Förderung.

Die auf Anforderung der Schulaufsicht erstellten Leistungsberichte und dienstlichen Beurteilungen werden die jeweiligen Schulleiterinnen und Schulleiter zwangsläufig Interessenkonflikten aussetzen. Denn das kollegiale Miteinander wird empfindlich belastet, wenn beispielsweise auch außerhalb der SI-A 13 Beförderungsverfahren nicht anlassbezogene dienstliche Beurteilungen erstellt werden müssen.

» Verschlechterungen

Bei der Auswahl zur Fortbildung (§ 11) müssen sie nur noch die von der Lehrerkonferenz beschlossenen Grundsätze berücksichtigen. Man sollte die Finger davon lassen! Und Schulen können generell nur noch einen Unterrichtstag pro Schuljahr zur schulinternen Fortbildung für das gesamte Kollegium (pädagogischer Tag) verwenden. Warum diese Verschlechterung?

Und noch 'besser' kommt es in § 12 (2): Ferienzeiten, die über den Urlaubsanspruch hi-



Dienstplanänderung – was dann?



PROFESSION START heißt die sichere Antwort bei Dienstunfähigkeit.

- Sofort abgesichert: finanzieller Schutz ab dem 1. Tag
- Bezahlbar von Beginn an: die günstigen Anfangsbeiträge
- Flexibel wie das Leben: zum Beispiel in der Kombination mit einer individuellen Altersvorsorge

*Monatlicher Monatsbeitrag unter Berücksichtigung der derzeit gültigen Lebensversicherungsbeiträge (nicht für die Zukunft verbindlich) einer Lehrerin bei Eintritt ab 25. Lebensjahr, Beitragsversicherung, Laufzeitdauer bis Alter 60 Jahre, Leistungen: 200 EUR garantierte Rente bei Dienstunfähigkeit, 8.400 EUR Invalidenrente bei Dienstunfähigkeit.

Wir versichern den Öffentlichen Dienst!

MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe,
 Fikturkoloniestr. 19, 80336 München, verbaende@muenchener-verein.de,
www.muenchener-verein.de, kostenlose Hotline: 800/8007068

nausgehen, dienen ... zum Beispiel der organisatorischen Vorbereitung des neuen Schuljahres. Dies gilt jetzt auch für schulinterne Fortbildungen.

In § 13 wird wohl die Präsenzpflcht institutionalisiert, wenn man in (3) bei Bedarf im Rahmen des Zumutbaren (wegen der Mehrbelastungen eher Unzumutbaren) mit anderen schulischen Aufgaben betraut werden kann. Dies schließt im Einzelfall die Verpflichtung zur Anwesenheit in der Schule ein, wenn Aufgaben in der Schule dies erfordern.

Die Verantwortung für Mehrarbeit soll laut § 20 (5) die Schulleiterin oder der Schulleiter – im Rahmen der zur Verfügung stehenden (!) Ressourcen – übernehmen. Laut Absatz 7 obliegt ihnen die Organisation und Überwachung der Unfallverhütung, die Sorge für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und eine wirksame Erste Hilfe. Was ist 'wirksame Hilfe'?

» Achtung! Dienstvorgesetzte observieren – auch unangekündigt !

Die Renaissance der Regelbeurteilung kommt mit § 22. Schafft die Schulleitung das auch noch? Wer schleicht denn da wohl wieder über den Flur und horcht an den Türen wie in den 70er Jahren und klopft – auch unangekündigt – an?

» Zum Schluss

Besteht laut § 29 gegen Schüler oder Schülerinnen der Verdacht einer strafbaren Handlung, hat die Schulleiterin oder der Schulleiter nun erst zu prüfen, ob pädagogische Maßnahmen ausreichen oder ob eine Meldung an die Polizei erfolgen muss. Diese 'Alternative' ist unzumutbar. Die Anzeigepflicht durch die Schule besteht auf jeden Fall und pädagogische Maßnahmen folgen sowieso. Die Eltern (also Sorgeberechtigte lt. § 123 Abs. 1 SchulG) sind zu benachrichtigen.

Zur Gleichstellung (§§ 16 und 21) muss nichts mehr gesagt werden.



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des *Lehrer nrw* und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW · E-Mail: h.brabeck@grigora.de

Dr. Michael Winterhoff



Foto: Peter Wirtz, Dormagen

Jugendliche auf Kleinkindniveau

Er ist für seine provokanten Thesen deutschlandweit bekannt: Der Kinder- und Jugendpsychiater und Buchautor Dr. Michael Winterhoff wird beim Mülheimer Kongress (17./18. November) einen Vortrag halten. Einen Vorgeschmack gibt es in einem exklusiven Interview für *lehrer nrw*.

lehrer nrw: Ihr Vortragsthema beim Mülheimer Kongress lautet: 'Gestörte Kinder, schwierige Eltern. Analyse und Auswege'. Wie gestört sind heutzutage die Kinder und wie schwierig die Eltern?

Winterhoff: Immer mehr Kinder sind nicht in der Lage, ihre Wahrnehmung angemessen zu filtern. Ein Grundschüler beispielsweise müsste erkennen: Ich bin im Unterricht oder ich bin in der Pause. Viele sind aber immer auf Pause. Sie erkennen gar nicht, dass sie im Unterricht sitzen und verhalten sich entsprechend.

Darüber hinaus erkennen immer mehr Kinder Zusammenhänge nicht, vor allem in Konflikten. Sie haben kein altersangemessenes Unrechtsbewusstsein. Darum können

sie aus Konflikten nicht lernen. Sie machen Mist, bekommen deswegen Ärger – und fühlen sich angegriffen oder gemobbt. Viele Kinder zeigen keine angemessene Lern- und Leistungsbereitschaft auf.

lehrer nrw: Welche Rolle spielen die Eltern dabei?

Winterhoff: Viele Eltern sind bemüht und engagiert, aber letztendlich gegen den Lehrer eingestellt. Einerseits delegieren sie alles an den Lehrer, fühlen sich aber andererseits angegriffen, wenn der ihr Kind kritisiert. Wenn das Kind sagt 'Der Lehrer hat mich angebrüllt', dann wird das nicht mehr reflektiert oder in Frage gestellt. Stattdessen beschweren sich die Eltern über den Lehrer.

lehrer nrw: Wenn Sie von gestörten Kindern sprechen, geht es da um Einzelfälle oder um einen generellen Trend?

Winterhoff: Laut Bundesbildungsbericht haben heute 46 Prozent der Jugendlichen keine herkömmliche Ausbildungsreife. Das erstaunt mich nicht. Die Zahlen werden noch rapide steigen. Denn immer mehr Jugendliche sind emotional auf dem Stand eines Kleinkindes stehen geblieben.

lehrer nrw: Woran liegt das?

Winterhoff: Die psychische Entwicklung eines Kindes erfolgt am Gegenüber. Es orientiert sich an der Reaktion der Bezugsperson. Ein Fünfjähriger hört nicht, weil er Regeln wie Vokabeln gelernt hat, sondern weil er sich entwickelt hat. Heute verhalten sich Erwachsene aber anders, und zwar so ungünstig, dass eine psychische Entwicklung nicht mehr erfolgen kann. Das hat mit den extremen gesellschaftlichen Veränderungen zwischen 1990 und 2010 zu tun. Der Wechsel von der analogen in die digitale Welt und die damit verbundene Beschleunigung des Alltags. Unsichere Jobs und Renten. Und der permanente mediale Befall mit Krisen- und Katastrophennachrichten. All das löst große Irritation aus.

lehrer nrw: Mit welchen Konsequenzen?

Winterhoff: Die Gefahr ist, dass wir fehlende Sicherheit, fehlende Zufriedenheit, fehlendes Glück über das Kind ausgleichen – unbewusst natürlich. Das Glück des Kindes ist mein Glück. Die Eltern fühlen für ihr Kind, denken für ihr Kind und gehen für ihr

INFO

Dr. Michael Winterhoff, geboren 1955, ist Kinder- und Jugendpsychiater und Psychotherapeut. Er befasst sich vorrangig mit psychischen Entwicklungsstörungen im Kindes- und Jugendalter aus tiefenpsychologischer Sicht.

Sein erstes Buch 'Warum unsere Kinder Tyrannen werden' löste eine breite gesellschaftliche Diskussion aus. Es wurde inzwischen über 450.000 mal verkauft. Gerade erschienen ist sein viertes Buch: 'Lasst Kinder wieder Kinder sein! Oder: Die Rückkehr zur Intuition'.

Info: www.michael-winterhoff.com

Kind in die Schule. Es entsteht eine Symbiose.

Das führt zu gravierenden Fehlreaktionen dem Kind gegenüber. Das Kind erkennt weder eine Struktur noch ein Gegenüber. Es bleibt emotional auf einem Kleinkindniveau von zehn bis sechzehn Monaten stehen. So wachsen Jugendliche heran, die nur noch lustorientiert sind. Sie haben keine Arbeitshaltung, keine Frustrationstoleranz, keine Gewissensinstanz und keine altersgemäße soziale Kompetenz.

lehrer nrw: Hakt es nur in den Elternhäusern, oder läuft auch in den Schulen etwas schief?

Winterhoff: Wenn Kinder zuhause aufgrund der Symbiose mit den Eltern kein adäquates Gegenüber finden, haben sie keine

Chance. Darum brauchen Kinder den Lehrer als Integrationsfigur, damit sie eine emotionale Reife aufbauen können. Eine psychische Entwicklung funktioniert nur über ein Gegenüber. Für den Lehrerberuf bedeutet das eine neue Qualität, eine neue pädagogische Identifikation. Das ist eine schöne und wichtige Aufgabe, weil wir sonst die Kinder verlieren.

lehrer nrw: Damit könnte sich der ein oder andere Lehrer aber überfordert fühlen.

Winterhoff: Wir müssen auf höherer Ebene erreichen, dass das Problem gesehen wird. Ich wünsche mir, dass die Lehrer sich verbünden und an höherer Stelle sagen, dass es so nicht mehr geht. Lehrer fühlen sich oft als Einzelkämpfer. Wenn sie mit einer Klasse nicht zurechtkommen, fühlen sie sich gescheitert. Das müssen sie nicht, denn das hat nichts mit ihnen zu tun.

lehrer nrw: Was können Sie Lehrern raten, die mit schwierigen Kindern oft mehr Zeit verbringen als deren Eltern?

Winterhoff: Mit ein paar Tipps an der Oberfläche wird es nicht gehen. Wir müssen weiter denken. Kinder- und tiefenpsychologisches Know-how war früher nicht erforderlich. Heute brauchen Lehrer es. Grundsätzlich wäre das kein Problem: In dieser Hinsicht könnte man Lehrer in einem Tagesseminar fit machen. Aber dafür brauchen wir einen Arbeitgeber, der seinen Lehrkräften den Rücken stärkt und sie nicht mit immer neuen Reformideen drangsaliert.

Interview: Jochen Smets

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich

Hypothekenfinanzierungen, Darlehen für Beamte und Akademiker




BANKHAUS DR. MASEL
Bankhaus Dr. Masel AG, Kürfürstendamm 119, 10711 Berlin



Informationen im Internet oder persönlich unter Telefon 030 / 300 683 - 0
www.bankhaus-masel.de



Ingeborg Bispinck-Weigand (l.) und Ursula Tölle sind nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Supervision zertifiziert. Beide verfügen langjährige Erfahrung in der Supervision und haben zudem längere Zeit im Lehrerberuf gearbeitet. Im Sommer 2010 haben sie gemeinsam das Institut für Beratung und Schule gegründet.

Selbstreflexion durch Supervision

Ingeborg Bispinck-Weigand und Ursula Tölle sind Supervisorinnen. Sie helfen Schulen und Lehrkräften, Krisen zu meistern und mit schwierigen Situationen umzugehen.

Gerd Berger (Name geändert) ist gerne Lehrer. Er engagiert sich über das normale Maß, ein Idealist. Doch in letzter Zeit hat der Realschul-Pädagoge immer mehr das Gefühl sich aufzureiben – und aufgerieben zu werden. Eine schwieriger werdende Schülerklientel; Eltern, die entweder gleichgültig oder überkritisch sind; das Gefühl fehlender Anerkennung im Kollegium: All das nagt an ihm.

» Lehrer im Spannungsfeld

Ingeborg Bispinck-Weigand und Ursula Tölle kennen diese Situation aus täglicher Praxis. Beide arbeiten als Supervisorinnen und wissen: Lehrer leben und arbeiten in einem Spannungsfeld. »Gerade in den Grund- und Hauptschulen, zunehmend aber auch in den Realschulen sind Lehrer heute oft mehr Sozialarbeiter und Familienberater«, sagt Ursula Tölle. »Die Erwartungen der Gesellschaft an die Leistung von Lehrern werden immer größer, während gleichzeitig eine Entwertung des Lehrerberufs voranschreitet«, ergänzt Ingeborg Bispinck-Weigand.

Dass das Konflikte in Kollegien und psychische Belastungen beim Einzelnen auslösen kann, liegt auf der Hand. Hier kann Su-

pervision helfen. »In der Supervision werden Fragen, Problemfelder, Konflikte und Fallbeispiele aus dem beruflichen Alltag thematisiert. (...) Es wird reflektiert, wie eine Person die an sie gestellten Anforderungen und Erwartungen mit ihren Ressourcen und Kompetenzen ausfüllen und gestalten kann.« So weit die Definition der Deutschen Gesellschaft für Supervision. In der Praxis gibt es verschiedene Anlässe der Supervision, zum Beispiel:

- Die Schule – und die Lehrer – bewegen sich in einer Doppelfunktion zwischen Bildungseinrichtung und Erziehungsauftrag.
- Schüler nehmen ihre Lehrer in der Regel als Einheit wahr. Lehrer selbst hingegen erleben sich oft als Einzelkämpfer, die

keine Schwächen und keine Fehler zeigen dürfen.

- Schulen müssen Reformen (von außen verordnet oder von innen angestoßen) umsetzen. Das sorgt für Verunsicherung bei den Beteiligten. Die einen gehen voran, die anderen bremsen. Das erzeugt Spannung.

» Personen- und organisationsbezogene Perspektive

Supervision, das betonen Ingeborg Bispinck-Weigand und Ursula Tölle, kann neben der personenbezogenen auch die organisatorische Ebene in den Blick nehmen. Kollegien werden nicht nur bei der Bewältigung von Konflikten, sondern auch bei der Weiterentwicklung ihrer Schule beraten. Im Rahmen des neuen Schulgesetzes in Nordrhein-Westfalen begleiten die Supervisorinnen unterschiedliche Schulen bei Neuausrichtungen oder Zusammenlegungen sowie Kommunen in der Planung ihrer Schul- bzw. Bildungslandschaften.

Supervision hat verschiedene Formen und Ansätze, die je nach Situation zugrundegelegt werden, erklärt Ingeborg Bispinck-Weigand. Denkbar sind Einzel-Gespräche, aber auch Gruppen-Supervision. Im letzteren Fall gibt es Settings mit Lehrkräften, die alle an einer Schule arbeiten, aber auch mit Lehrkräften, die an verschiedenen Schulen arbeiten. So hat Ingeborg Bispinck-Weigand

KONTAKT

Ingeborg Bispinck-Weigand
Praxis für Supervision und
Personalentwicklung
Tel.: 025 02/72 91
info@supervision-nottuln.de
www.supervision-nottuln.de

beispielsweise mit Schulleitern verschiedener Schulen in einer gemeinsamen Supervisionsgruppe gearbeitet. »Hier konnten sie angstfrei über Ängste, Schwächen und Probleme sprechen, weil sie auf einer gleichen hierarchischen Ebene waren«, erklärt die Supervisorin.

» »Wo liegt das Minenfeld?«

Die Supervision, die als Prozess in bis zu zehn Sitzungen angelegt ist, beginnt mit Grundlagenarbeit: Die Supervisorinnen versuchen zunächst herauszufinden, wo Kommunikationsstörungen, verborgene Konflikte und ihre Ursachen verortet sind. »Wo liegt das Minenfeld?«, fasst Ursula Tölle plakativ zusammen. Dann gilt es, den Horizont der Beteiligten zu erweitern, andere Sichtweisen aufzuzeigen. Denn der Handlungsspielraum ist meist nicht so eng, wie ihn die Betroffenen in einer belasteten Situation empfinden. »Die Schwelle, sich selbst zu hinterfragen, ist hoch. Gerade Lehrer fürchten den Fehler und gehen des-

halb automatisch in eine Rechtfertigungshaltung. Wenn die Schwelle fällt, dann kann man Probleme angehen«, sagt Ingeborg Bispinck-Weigand. Dabei gibt es durchaus Aha-Erlebnisse. Viele Lehrer in Supervisionsgruppen kommen im moderierten Austausch mit anderen zu der Erkenntnis: »Das ist bei mir ja auch so.«

»Supervision initiiert Selbstlernprozesse«, erläutert Ursula Tölle. »Die Chance von Supervision ist, Selbstreflexion in einem bewertungsfreien Raum zu lernen und, ja, zu genießen.« Bezahlte wird Supervision in der Regel aus dem Fortbildungstopf der Schulen. Auch die Schulaufsicht kann meist auf einen Pool von ausgebildeten Supervisoren zurückgreifen.

» Auch Sonderlinge haben Ressourcen

Ingeborg Bispinck-Weigand und Ursula Tölle sind in der Lage, durch langjährige Erfahrung und ständige Weiterbildung Muster zu erkennen. »Selektion findet nicht nur in der Schule statt, sondern auch im Kollegium. Die, die anders sind, stehen am Rand«, sagt Ursula Tölle. Diese Muster aufzudecken und aufzubrechen, ist Ziel von Supervision. Dann kann es gelingen, die Qualitäten und Fähigkeiten eines Kollegiums und der einzelnen Personen zu nutzen. Denn: »Auch Sonderlinge haben Ressourcen«, sagt Ingeborg Bispinck-Weigand. Jochen Smets



Fachkräftemangel und Brain-Drain: Talente werden dringend gesucht. Aber wer sind eigentlich diese Talente – und wie können wir sie in ihrer Entwicklung fördern? Was können Schulen und Lehrer leisten – und welche Konzepte entwickelt die Begabungsforschung, um sie zu unterstützen?

Programm und Anmeldung: www.bildung-und-begabung.de/perspektive

30. November 2011, 18 Uhr, Deutsche Welle, Bonn
Abendveranstaltung „Talente für Deutschland“, Moderation: Ingo Zampieri (ARD)

1. Dezember 2011, 10 Uhr, Wissenschaftsprogramm, Bonn
Fachtagung „Perspektive Begabung“ – Vorträge, Diskussionen, praxisorientierte Foren

Stress und Burnout

Über 1,6 Millionen Bundesbürger leiden an Burnout, einem Zustand chronischer Erschöpfung mit reduzierter Leistungsfähigkeit. Gerade Lehrerinnen und Lehrer sind besonders häufig betroffen.



von HERIBERT BRABECK

Burnout bildet häufig den Endzustand einer Entwicklung, die oft mit idealistischer Begeisterung begonnen hat. Frustrierende Erlebnisse können zu Desillusionierung und Apathie, psychosomatischen Erkrankungen und Depression aber auch zu Aggressivität oder einer erhöhten Suchtgefährdung führen. Burnout ist keine Erkrankung im klassischen Sinn mit eindeutigen diagnostischen Kriterien, sondern eine körperliche, emotionale und geistige Erschöpfung aufgrund beruflicher Überlastung. Auslöser ist meist Stress, der nicht bewältigt werden kann.

Große Klassen und verhaltensauffällige Schüler können das Entstehen eines Burnouts ebenso signifikant fördern wie immer wiederkehrende zeitliche und organisatorische Probleme innerhalb des Schultags. Aber auch die Unzufriedenheit über fehlende Möglichkeiten, mit Schülern befriedigend zu arbeiten, sowie die steigenden Belastungen durch den Ganztagsbetrieb erhöhen das Risiko. Natürlich beeinflusst auch der Umfang der 'intellektuellen Anregung' die Entwicklung: Je mehr der Schulalltag subjektiv von einer immer wiederkehrenden Routine ohne Herausforderungen bestimmt ist, desto höher ist das Burnout-Risiko. Hinzu kommt als weitere Komponente die Persönlichkeitsstruktur der Betroffenen mit ihren inneren Wünschen und Ängsten.

Bei Lehrern sind nach Angaben des Behördenspiegels annähernd 25 Prozent aller vorzeitigen Pensionierungen auf psychische Erkrankungen zurückzuführen. Während in den anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes im Schnitt siebzehn Prozent der Mitarbeiter vorzeitig ausscheiden, ist es bei Lehrkräften beinahe jeder Vierte. Und: Frauen sind generell gefährdeter und von Burnout etwa doppelt so häufig betroffen wie Männer.



Foto: Fotolia/gradt

In der Schraubzwinge

Gerade Lehrer fühlen sich oft eingeklemmt im Bemühen, den teils widerstreitenden Anforderungen von Schülern, Eltern und dem 'Arbeitgeber' Schule gerecht zu werden. Der Dauerdruck mündet nicht selten in den Burnout.

» Burnout trotz 'Großer Ferien'?

Zwar geht man im biologischen Stress-Modell von einer vorübergehenden starken Belastbarkeit aus, erforderlich sind jedoch auch ausreichend lange Erholungsphasen. Fehlen diese, ist ein Zusammenbruch des gesamten Organismus und seiner Abwehrfunktionen kaum mehr zu verhindern.

Zum Beginn des Schuljahres sollten Lehrerinnen und Lehrer deshalb bereits bei den ersten Anzeichen (wieder) einsetzender Erschöpfung aufhorchen. Hier gilt es, die rasche Reduzierung der Leistungsfähigkeit und körperliche wie auch psychische Warnsignale bewusst wahrzunehmen. Wer selbst nach einer

sechswöchigen unterrichtsfreien Zeit keine anhaltende Regeneration empfindet, hat den beruflichen Stress vermutlich mit in den Urlaub genommen. Die so dringend benötigte Entspannung hat nicht stattgefunden. Gerade die Unfähigkeit, im Urlaub entspannen zu können, weist auf eine gestörte Balance zwischen Beruf und Leben hin – und auf die Gefährdung durch Burnout. Umso wichtiger ist es deshalb, bei dem aufkommenden Gefühl der körperlichen, geistigen und emotionalen Erschöpfung eigene Bedürfnisse, Wünsche und Ängste ernst zu nehmen. Gegebenenfalls sollte professionelle Hilfe gesucht werden, um frühzeitig Maßnahmen zur Vorbeugung und, sofern bereits erforderlich, auch zu einer Behandlung des Burnouts zu finden.

» Perspektiven

Gerade aufgrund des signifikanten Gefährdungspotenzials von Lehrerinnen und Lehrern ist Prävention wichtig. Hier wird *lehrer nrw* deshalb zukünftig gezielt zusätzlichen Handlungsspielraum für gefährdete bzw. betroffene Lehrkräfte schaffen. Dazu konnte *lehrer nrw* den Burnout-Berater, Coach und Kommunikationstrainer Bernd Raguse aus Mülheim an der Ruhr gewinnen. Die fast ausverkaufte erste Veranstaltung am 24. November soll Auftakt für weitere Seminare und Workshops sein. Durch seine berufliche Erfahrung unter anderem als leitender Angestellter, Coach, Kommunikationstrainer sowie seine erfolgreiche Überwindung eines eigenen Burnout, wird er aufklärend Hinweise und Vorschläge zum gesundheitsorientierten Denken und Handeln bieten.



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des *lehrer nrw* und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW · E-Mail: h.brabeck@grigora.de

PRÄVENTION

lehrer nrw wird das Themenfeld Prävention und Gesundheitsvorsorge in Zukunft noch stärker in den Blick nehmen. Themen wie Supervision, Stress und Burnout sind da nur ein Ausschnitt. In Fortbildungen zum Thema sowie in Artikeln in der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* und auf der Homepage unter www.lehrernrw.de wird es aktuelle Informations- und Unterstützungs-Angebote geben.



Das Wunder von Düsseldorf

Wenn Sie in einschlägigen Internet-Suchmaschinen 'Das Wunder von...' eingeben, dann bekommen Sie eine ganze Reihe von Wunder-Vorschlägen:

- Das Wunder von Bern
- Das Wunder von Lengede
- Das Wunder von Manhattan
- Das Wunder von Berlin
- Das Wunder von Fatima
- Das Wunder von Wien
- Das Wunder von Loch Ness
- Das Wunder von Narnia

Es gibt sogar ein 'Wunder von Köln'. Das ist eine Aktion von Rewe, dem Sponsor des ortsansässigen und allseits angebotenen Fußballklubs 'Effzeh'. Hier kann Otto Normalverbraucher Filmstar werden, sich von Poldi abklatschen lassen und sechs Tore in einem FC-Spiel schießen – kommentiert von Rolf Töpperwien. Dass der Kölner, der ja gern auf Fußballwunder hofft (was bleibt ihm auch anderes übrig), sich seine Wunder von Rewe sponsern lassen muss, ist allerdings bedenklich. Das hatten die Helden von Bern nicht nötig.

Was in der Liste der oben aufgelisteten wahren und fiktiven Wunder fehlt, ist jedoch das Wunder von Düsseldorf. Hier haben sich CDU, SPD und Grüne nach gefühlten vierhundert Jahren Schulstreit auf einen Schul-

frieden geeinigt, der mindestens so epochal ist wie der Westfälische Friede.

Vermutlich wird das Pressezentrum des Landtags dereinst in 'Friedenssaal' umbenannt. Wie da an jenem denkwürdigen 19. Juli 2011 der Laumann mit der Lohrmann schäkerte und der Röttgen mit der Kraft scherzte, das war herzerwärmend.

Der geneigte Betrachter rieb sich verwundert die Augen: Die haben sich ja auf einmal richtig lieb. Stinkig waren nur die FDP und die Linken. Die durften oder wollten nicht mitmachen beim Düsseldorfer Frieden. Der Schulkonsens bedeute den Marsch in die Einheitschule, motzte die FDP. Die Linken kamen zu einem entgegengesetzten Befund und moserten gegen die 'Zementierung des gegliederten Schulsystems'. Ja, watt denn nu?

Die schwarz-rot-grüne Kenia-Koalition ließ sich davon in ihrer Harmonie jedenfalls nicht stören. Nach dem Konsens brachte die schulpolitische Troika sogar lärmfrei einen Gesetzesentwurf auf den Weg.

Wer bei google übrigens das 'Wunder von Düsseldorf' eingibt, findet nix zu den wundersamen Begebenheiten im Landtag. Weit vorn steht immer noch eine Meldung, in der hörzu.de Lenas Siegchancen beim Eurovision Song Contest 2011 auslotet.

Jochen Smets



Alles andere als Schulalltag

Klassenfahrten mit pädagogischer Zielsetzung für die Grundschule, Sek I und Sek II

- ▶ Soziale Kompetenz fördern
- ▶ Natur erleben und begreifen
- ▶ Klassengemeinschaft festigen

NEU: Viele Programme unterstützen direkt den Lehrplan für Grundschulen.

SS-LEHRPLAN
UNTERSTÜTZUNG



Bestellen Sie jetzt Ihr persönliches Exemplar des Schulleisekatalogs FahrtFinder 2012.

DJH-Service-Center Rheinland
Telefon: 0211 30 26 30 26
Telefax: 0211 30 26 30 27
E-Mail: service@djh-rheinland.de



Streikrecht für verbeamtete Lehrer II

Mit den Urteilen des Verwaltungsgerichtes Kassel, das am 27. Juli 2011 entschieden hat, auch verbeamtete Lehrer dürften streiken, hat die Diskussion um das Streikrecht für verbeamtete Lehrer neuen Auftrieb gewonnen.



von MICHAEL KÖNIG

Die Kläger, zwei Lehrer an Kasseler Schulen, hatten sich im November 2009 an einem von der GEW organisierten Streik beteiligt und sind aus diesem Grund dem Dienst ferngeblieben. Nach der Streikteilnahme folgten schriftliche Missbilligungen ihrer Schulleiter, weil die Lehrer gegen ihre Dienstpflichten verstoßen hätten. Dagegen setzten sich diese zur Wehr und vertraten die Auffassung, nach Art. 11 der Europäischen Konvention für Menschenrechte (EMRK) stehe ihnen das Streikrecht zu, so dass mit der Streikteilnahme keine Dienstpflichtverletzung vorläge.

» Hoheitliche Tätigkeit?

Das Verwaltungsgericht Kassel folgte dieser Auffassung und entschied entgegen der bisherigen, höchstrichterlichen Rechtsprechung, das Streikrecht könne verbeamteten Lehrern zustehen, soweit sie nicht hoheitlich tätig seien.

Die Kammer folgte insoweit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der in zwei Entscheidungen zur Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit des Art. 11 EMRK in den Jahren 2008 und 2009 festgestellt hatte, dass das Streikrecht für öffentliche Bedienstete nur unter engen Voraussetzungen eingeschränkt werden könne:

Das ursprünglich für alle Beamten geltende Streikverbot könne im Hinblick auf Art. 11 EMRK allenfalls noch für bestimmte, abgrenzbare Gruppen von Beamtinnen und

Beamten Gültigkeit beanspruchen, nämlich nur für diejenigen, die den in Art. 11 Abs. 2 EMRK genannten Gruppen von Beamten mit besonderen hoheitlichen Befugnissen ange-



Foto: Fotolia/Stefan Merkle

Heute bleibt das Klassenzimmer leer

So könnte es aussehen, wenn deutsche Gerichte verbeamteten Lehrkräften erlauben zu streiken. Die Urteile des Verwaltungsgerichts Kassel jedenfalls bedeuten eine Aufweichung des Beamtenstatus für Lehrer.

hören. Eine Abgrenzung zwischen Beamten und Angestellten anhand der von ihnen ausgeübten Tätigkeit sei oftmals nicht möglich. In Behörden werden Arbeitsplätze vielfach parallel für Beamte und Angestellte ausgeschrieben, und Beamte und Angestellte verrichten häufig dieselbe Arbeit. Davon ausgehend, unterfielen verbeamtete Lehrer nicht den in Art. 11 EMRK abschließend aufgeführten öffentlichen Bediensteten, denen ein Streikverbot auferlegt werden könne. Da somit ein Streikrecht für solche Beamtinnen

und Beamte im Rahmen des Art. 33 Abs. 5 GG i. V. m. Art. 11 EMRK anzuerkennen sei, die nicht hoheitlich tätig seien, könne den Klägern nicht der Vorwurf gemacht werden, durch ihre Teilnahme an diesem Streik ihre Dienstpflichten verletzt zu haben. Gegen die Urteile (Az. 28 K 574/10.KS.D und 28 K 1208/10.KS.D) hat das Verwaltungsgericht die Berufung zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof zugelassen.

» Rechtliche Einschätzung

Aus juristischer Sicht begegnen die beiden Urteile erheblicher Kritik: Mit seinen Entscheidungen stellt sich das Verwaltungsgericht

Kassel offen gegen die bisherige, höchstrichterliche Rechtsprechung. Denn das statusbezogene Streikverbot für Beamte stellt einen tragenden Verfassungsgrundsatz dar, der von dem angerufenen Verwaltungsgericht gar nicht abweichend beurteilt werden kann.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus Art. 33 Abs. 5 GG beinhalten ein allgemeines Streikverbot für Beamte, also auch für verbeamtete Lehrer. Eine funktionsbezogene Differenzierung, wie sie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gem. Art. 11 EMRK fordert, würde damit einen Verstoß gegen Art. 33 Abs. 5 GG in seiner durch das Bundesverfassungsgericht vorgenommenen Auslegung darstellen. Ein Streik-

recht für Beamte kann auch nicht aus anderen völkerrechtlichen Übereinkommen oder unmittelbar geltendem EU-Recht abgeleitet werden.

Verbeamtete Lehrkräfte, die aufgrund ihrer Teilnahme an rechtmäßigen Streiks vom Dienst fernbleiben, begehen damit eine Dienstpflichtverletzung. Zwar können sich verbeamtete Lehrkräfte grundsätzlich auch auf die in Art. 9 Abs. 3 GG normierte Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen, doch ist daraus ein Streikrecht infolge der in Art. 33 Abs. 5 GG normierten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nicht ableitbar.

Ob das beamtenrechtliche Streikverbot einen Grundsatz des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG darstellt – so sieht es das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 3. Dezember 1980, Az. 1 D 86/79 – kann dahin stehen, denn es ist jedenfalls Ausfluss der in diesem Sinne anerkannten Treuepflicht des Beamten. Beamte sind im Rahmen ihrer Treuepflicht dem Allgemeinwohl und damit zur uneigennützigen Amtsführung verpflichtet.

► Streikverbot als Kernpflicht

Bei der Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben haben sie eigene Interessen zurückzustellen. Der Einsatz wirtschaftlicher Kampf- und Druckmittel zur Durchsetzung eigener Interessen, insbesondere kollektiver Kampfmaßnahmen im Sinne des Art. 9 Abs. 3 GG wie das Streikrecht, ist ihnen verwehrt. Damit gehört das Streikverbot zumindest als Ausprägung der Treuepflicht zu den Kernpflichten des Beamtenverhältnisses, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 19. September 2007, Az. 2 BvF 3/02, noch einmal explizit bestätigt hat.

Als staatlicher Funktionsträger gemäß § 31 Abs. 1 Verfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG)

ist das Verwaltungsgericht Kassel an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 33 Abs. 5 GG gebunden. Nach allgemeinen Prozessrechtsgrundsätzen ist die materielle Rechtskraft auf den Entscheidungstenor beschränkt. Dies bedeutet, dass die Entscheidungsgründe zwar grundsätzlich nicht an der Rechtskraft teilnehmen. Allerdings werden sie zur Bestimmung des Verfahrensgegenstandes und zur Ermittlung der objektiven Rechtskraftgrenzen herangezogen, so dass sich die Bindungswirkung des § 31 Abs. 1 BVerfGG daher auch auf die jeweils tragenden Entscheidungsgründe bezieht.

Die Bindungswirkung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen beschränkt sich dabei auf die Teile der Entscheidungsgründe, die die Auslegung und Anwendung des Grundgesetzes betreffen, während die Auslegung und Anwendung einfacher Gesetze Sache der (sachnäheren) Fachgerichte bleibt. In den hier entschiedenen Fällen der beiden verbeamteten hessischen Lehrer war jedoch kein einfaches Gesetz auszulegen, denn das Streikverbot ist weder im hessischen Beamtengesetz noch im BeamStG geregelt. Vielmehr wird es unmittelbar aus Art. 33 Abs. 5 GG hergeleitet. Für die Auslegung dieser Vorschrift ist aber allein das Bundesverfassungsgericht der maßgebliche Interpret.

Das Verwaltungsgericht Kassel war gemäß § 31 I BVerfGG im Ergebnis nicht befugt, von den oben genannten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu der Auslegung und Bestimmung des Kerns des Art. 33 Abs. 5 GG abzuweichen und den Klägern als verbeamteten Lehrern ein Streikrecht zuzusprechen.

►► Fazit

Dass verbeamtete Lehrkräfte ihre Sympathie mit tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen bekunden, ist richtig und absolut nachvollziehbar. Die Entscheidung, dem Dienst

fernzubleiben und an gewerkschaftlichen Streikmaßnahmen teilzunehmen, nur weil eine Gewerkschaft behauptet, dies bliebe disziplinarrechtlich für sie folgenlos, ist nicht nachvollziehbar. Dass verbeamtete Lehrer hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, etwa bei der Vergabe von staatlichen Abschlüssen, ist hier nicht die Frage – wem es nutzen soll, wenn deutsche Gerichte dies negieren, dagegen schon. Könnte es vielleicht im Interesse der GEW liegen, dass der Beamtenstatus aufgeweicht wird, um ihn später völlig in Frage zu stellen und abzuschaffen?

Verbeamtete Lehrer, die an Streikmaßnahmen teilnehmen, begehen nach überwiegend vertretener Auffassung eine Dienstpflichtverletzung. Dabei handeln sie in der Regel auch schuldhaft, d.h. zumindest fahrlässig. Die Pflichtwidrigkeit ihrer Streikteilnahme können sie erkennen und müssen dies auch. Insbesondere können sie sich, wie das Verwaltungsgericht Osnabrück in einem Urteil vom 19. August 2011, Az. 1/11, ausführt, auch nicht auf vereinzelt im Schrifttum vertretene Gegenmeinungen verlassen. Treffenderweise führt das VG Osnabrück dazu die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 15. Dezember 2010, Az. 31 K 3904/10.O, an, das ähnlich wie das Verwaltungsgericht Kassel geurteilt hatte.

Und: Hinsichtlich des Streikverbots von Beamten hat die deutsche Verfassung auch weiterhin das 'letzte Wort'. Die die Türkei betreffenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte versetzen kein erstinstanzlich zuständiges deutsches Verwaltungsgericht in die Lage, den Kernbestand des Art. 33 Abs. 5 GG zu verändern. Zu einer Veränderung der Reichweite des Art. 33 Abs. 5 GG ist lediglich das Bundesverfassungsgericht befugt.

 **Michael König** ist Justitiar des **Lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich**
E-Mail: info@lehrernrw.de

[illegible]

»Wer auf Island zischt ein Bier, ...

wird zur Elfe im Geysir« erinnerte ein *lehrer nrw*-Mitglied landestypische Gefahren auf Klassenfahrten, nachdem in Ausgabe 4/2011 Alkohol auf Klassenfahrten thematisiert wurde. Obwohl auf Klassenfahrten nur ein relativ geringer Zeitanteil in der schulischen Praxis entfällt, sind diesbezügliche Rechtsfragen recht häufig.



von MICHAEL KÖNIG

Auch die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 3. Februar 2011 (Az. 11 Sa 1852/10), dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte für die Kosten einer Klassenfahrt auch dann nicht aufkommen müssen, wenn sie zuvor ausdrücklich auf die Erstattung der Reisekosten verzichtet haben, ist bei zahlreichen tarifbeschäftigten Mitgliedern des *lehrer nrw* auf großes Interesse gestoßen. Dass es erst des Urteils eines Landesarbeitsgerichtes bedurfte, um dem Dienstherrn zu verdeutlichen, dass die Teilnahme an einer Klassenfahrt, wie im Tenor ersichtlich, keine Privatangelegenheit der Lehrkräfte ist, ist dabei einhellig auf Überraschung gestoßen. Zu Unrecht, wie die nachfolgende Problematik zeigt:

» Vollzeitvergütung für Teilzeitkräfte

Denn auch der Vergütungsanspruch für teilzeitbeschäftigte Lehrer, die mit einer Klasse ganz- oder mehrtägige Klassenfahrten unternehmen, war über Jahre hinweg umstritten. Hier entschied das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 25. Mai 2005 (Az. 5 AZR 566/04) in Fortführung der eigenen Rechtsprechung BAG-Urteil vom 22. August 2001 (Az. 5 AZR 108/00), dass Lehrkräften, die anlässlich einer ganztägigen Klassenfahrt Arbeit wie eine Vollzeitkraft leisten, ein Anspruch auf entsprechende Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung der Vergütung oder auf zusätzliche anteilige Vergütung zusteht. Dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte

Foto: Fotolia/Klaus Eppele



in Teilzeit bei ihrer Teilnahme an ein- oder mehrtägigen Klassenfahrten wie vollbeschäftigte Lehrkräfte vergütet werden, ist nur gerecht.

Allein: Diese arbeitsrechtliche Entscheidung ist auf beamtete Lehrkräfte in Teilzeit nicht anwendbar. Für beamtete Lehrkräfte in Teilzeit entschied das Bundsverwaltungsgericht mit Urteil vom 23. September 2004 (Az. 2 C 61.03) nämlich, dass die Teilnahme an mehrtägigen Klassenfahrten keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung begründet. Im Tenor führte der erkennende Zweite Senat dazu aus, teilzeitbeschäftigte Lehrer würden durch die Teilnahme an Klassenfahrten nur dann gleichheitswidrig stärker belastet, wenn ihnen während des maßgeblichen Zeitraums ihrer Teilzeitbeschäftigung kein Ausgleich gewährt werden könnte.

» Kollegiale Lösungen suchen

Ob die vereinzelt geäußerte Empfehlung, beamtete teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte

sollten sich auf die Rechtsprechung für ihre tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen berufen und wie

diese zusätzliche Bezahlung beantragen, Aussicht auf Erfolg hat, erscheint zumindest unwahrscheinlich. Auch das europarechtliche Verbot der Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten hilft hier letztlich nicht weiter. Besser ist in jedem Fall, schulinterne Lösungen zu suchen und kollegial einen zeitlichen Ausgleich zu vereinbaren.

Einzelfragen zu dieser Problematik beantwortet Ihnen wie stets die Rechtsabteilung des *lehrer nrw*, zu den gewohnten Öffnungszeiten der Geschäftsstelle auch gerne telefonisch.

Bei einer Klassenfahrt geht es bisweilen auf unwegsames Gelände – auch in dienstrechtlicher Hinsicht.



Michael König ist Justitiar des *lehrer nrw* –
Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

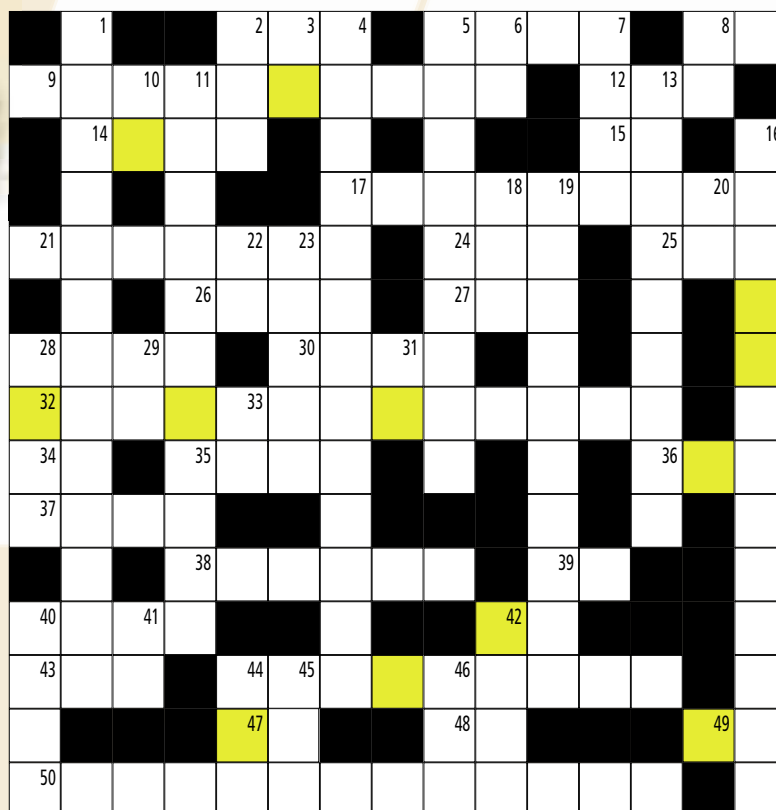
DENK-PAUSE

Waagerecht

2. Außenbereich eines Gebäudes
5. Reich (engl.)
8. Irgendwann
9. Sakristeiraum der östl. Kirchen
12. Fluss zur Belaja (933km)
14. Temperaturbezeichnung
15. Nummer (Abk.)
17. Frauenname
21. Frz. Dichter (+ 1673)
24. Zorn (lat.)
25. Prophet
26. Modemarke
27. Erbfaktor
28. Salzlösung
30. Obendrein
32. Striegel
34. A+ el (span.)
35. Feiner Verwitterungsschutt
36. Algerische Geröllwüste
37. Römisches Gewand
38. Frauenname
39. Weg
40. Baustein der Elemente
42. Abk. für: folgende (Seiten)
43. Waldtier
44. 4. Fall
47. Augenblick
48. Abk. für: idem (= dasselbe)
49. Autokennzeichen von Ghana
50. Vogel

Senkrecht

1. Blasinstrument
2. Heiß (engl.)
3. An (engl.)
4. Kriminalistisches Indiz
5. Vulkanische Maskareninsel im Ind. Ozean
6. Dazwischen
7. Tier
8. Nicht Nein
10. Kot (Kindersprache)
11. Umnaht
13. Stadt bei Augsburg
16. Gewichtsklasse beim Boxen
18. Flächenmaß (Schweiz)
19. Gegend
20. Autokennzeichen der Niederlande
22. Vogelprodukt
23. Bäume fallen
28. Mineral mit guter Spaltbarkeit
29. Artikel (frz.)
31. Geschlossen
33. Dort
40. Kriegsgott (grch.)
41. Ausruf
42. Gesang (Portugal)
44. Vorsilbe (grch.): wieder, entsprechend
45. Heilbehandlung
46. Sitzen (engl.)



Lösungswort: Kann zum gewünschten Ziel führen!

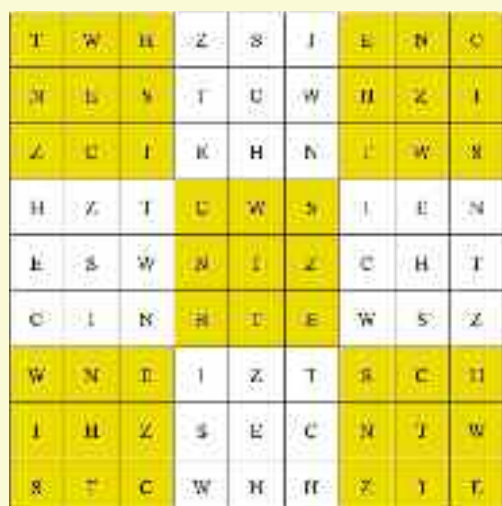


RÄTSELAUFLÖSUNGEN

Das Lösungswort
des Kreuzwort-
rätsels in
lehrer nrw 5/2010,
Seite 27 lautet:

**ABSCHLUSS-
PRÜFUNG**

Der nebenstehen-
den Grafik können
Sie die komplette
Auflösung des
Rätsels entneh-
men.



Lösungswort in einer Spalte: Verschönert das Klassenzimmer!

Für Mitglieder des
Verbandes 'lehrer nrw'
kostenfrei

Service- Broschüren

Erfahrene Fachleute des *lehrer nrw* Verbandes haben für Sie als Mitglied des Verbandes in zwölf aufwendig und übersichtlich gestalteten Broschüren wichtige Fragen des Schulalltages beantwortet. Diese im Schulverbandswesen einzigartige Schriftensammlung ist für Sie als Mitglied **KOSTENFREI**. Unter Angabe Ihrer Mitgliedsnummer sind diese bei dem Verband zu beziehen. Nutzen Sie dazu bitte den unten stehenden Coupon.

Die unterschiedlich umfangreichen Broschüren sind zu folgenden Themenschwerpunkten zu erhalten:

- Dienstliche Beurteilung
- Eine Aufgabe für alle: Gewaltprävention
- Für Beamte & Angestellte: Altersteilzeit
- Beihilfeverordnung (BVO Nordrhein-Westfalen): Beihilfe
- Lehrereinstellung
- Wenn der Storch kommt: Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld
- Einführung in das Versorgungsrecht: Neues Recht – Übergangsrecht – Altes Recht
- Lehrer an Ersatzschulen
- Schwerbehinderung: Leben und Arbeiten mit Nachteilsausgleich
- Teilzeit & Beurlaubung
- Informationen für angestellte Lehrkräfte: Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und Überleitungstarifvertrag (TV-Ü-Länder)
- Praxisratgeber für Lehrerräte (Wahlverfahren, rechtliche Grundlagen)

Bitte ausschneiden und an *lehrer nrw* · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf senden

Hiermit bestelle ich **KOSTENFREI** die *lehrer nrw* Service-Broschüre

Name, Vorname

Adresse

Mitgliedsnummer

Ort, Datum

Unterschrift



Dienstliche Beurteilung



Gewaltprävention



Altersteilzeit



Beihilfe



Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld



Lehrereinstellungsverfahren



Einführung in das Versorgungsrecht



Lehrer an Ersatzschulen



Schwerbehinderung



Teilzeit & Beurlaubung



Praxisratgeber für Lehrerräte